

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 24

vom 23. Juni 1973

7. Jahrgang

50 Pfennig

Bevölkerung gegen Nato - Kriegsübungsplatz:

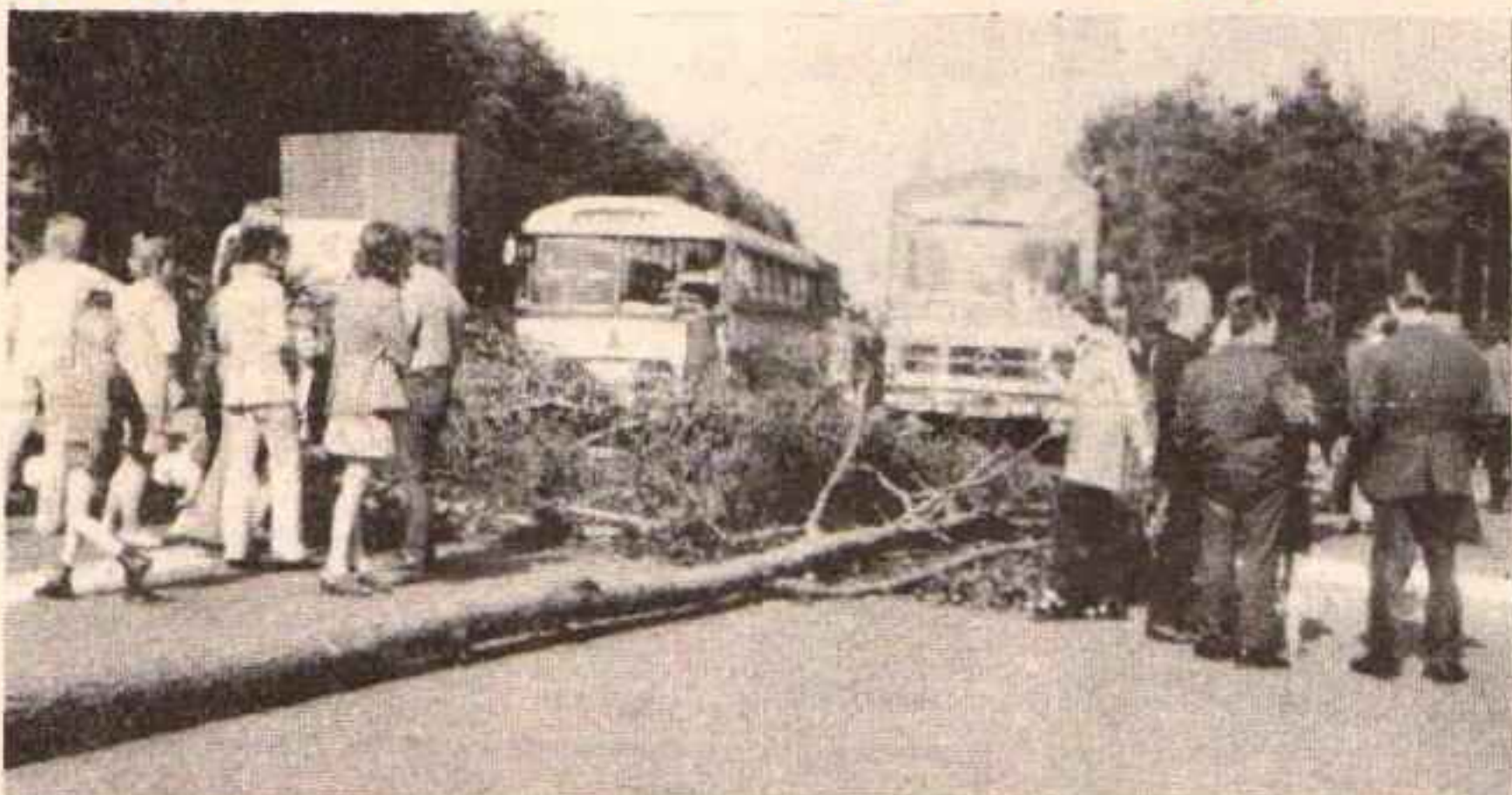


Bild: Die B 213 ist lahmgelegt!

Molotow-Cocktails gegen Nordhorn-Range!

"Ersatzlose Streichung von Nordhorn-Range!" heisst die Parole der Einwohner von Klausheide, Nordhorn und Umgebung. Ein älterer Einwohner: "1938 fing das an. Krupp aus Essen kaufte den Platz und probierte dort seine Kanonen aus. Dann kam Reichswehr und fing das Bomben an. Nach dem Krieg übernahm das englische Militär den Platz und bombte gleich weiter. Und heute ist das die Nato. Neulich erst haben wir dicht bei einem Haus eine Fliegerbombe gefunden. Hier ist doch kein Mensch sicher!... Und jetzt wird schon seit Jahren verhandelt. Wir haben das satt! Jetzt kommen Aktionen - solange, bis die hier dichtmachen!"

Als erstes besetzten 2000 bis 3000 Einwohner den Bombenabwurfplatz. Nur mit Knüppel und Tränengas können sie von dem aufgefahrenen Polizeihor verdrängt werden. Um weitere Besatzungen zu verhindern, versperrt die Polizei die Hauptzufahrtsbrücke mit spanischen Reitem und Nato-Stacheldraht. Noch am selben Abend aber bauen die Klausheider ihre eigene Brücke zum Abwurfplatz, setzen dort Militärfahrzeuge in Brand und blockieren die Zufahrt zum Tower mit einer Planieraupe. Eine Jugendgruppe aus Nordhorn baut ihre Zelte auf dem Übungs-

nicht. Als sie mich festnahmen, habe ich gesagt, ich müsste mal pinkeln. Einer von den Bullen kam mit mir zum Kanal runter, um mich zu bewachen. Er hat dann kräftig ein paar in die Fresse gekriegt. Ich sprang in den Kanal und ab durch die Mitte. Sofort haben wir alle in Klausheide benachrichtigt. Dann sind wir los, alle Strassen zu sperren. Die sollen nicht glauben, dass sie hier alles machen können!"

Kurz darauf sind sämtliche Strassen dicht. Im gesamten Umkreis des Abwurfplatzes liegt der Verkehr lahm.

Um die Sache in den Griff zu kriegen, gibt die Notgemeinschaft die Parole aus: Die Barrikaden fallen erst, wenn die Gefangenen frei sind. Doch als die Freilassung erfolgt, sind die Klausheider nicht bereit, die Barrikaden aufzugeben. Daraufhin distanziert sich die Notgemeinschaft öffentlich davon.

WER IST DIE NOTGEMEINSCHAFT?

Sie beansprucht für sich, gegen von der Bevölkerung, die Aktion

gegen den Abwurfplatz anzuführen. An ihrer Spitze stehen Fabrikanten wie Hanisch und Silz. Einer der Arbeiter, die tatsächlich anführen: "Auf allen Pressefotos kannst du sehen wie sie grosse Erklärungen abgeben, aber mit einer Säge in der Hand oder bei den Prügeleien habe ich die noch nie gesehen. Anstatt zuzulangen, kommen die dauernd mit ihren Verhandlungen. Ich die verlass ich mich nicht."

So bleiben die Barrikaden vor-

erst geschlossen. Knotenpunkt ist die Kreuzung auf der B 213, von der aus man zum Abwurfplatz gelangt. Hierhin hatte die Jugendgruppe auch ihr Lager verlegt. Hunderte von Menschen versammelten sich. Lastzüge von und nach Holland stauten sich auf beiden Seiten der Barrikade. Als den Fahrern erklärt wird, um

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt

Was ist die richtige Forderung?..	S.2
Zur Bergbautariffrage	
Zeche Blumenthal	S.3
Streik bei Krupp	S.4
Gewerkschaftsführer und SDAJ gegen Arbeiter	S.4
Afrika kämpft - Afrika siegt!	S.5
Der Aufbau des Sozialismus in Vietnam schreitet voran	S.5

Gespräch mit den Genossen von Radio Tirana	S.6
Austritt einer D-K'P-Gruppe in Butzbach	S.7
Albanienveranstaltung in Heidenheim	S.7
Terrorurteil: 12 Monate Gefängnis für Peter Bayer	S.7
Notstandsübung in Detmold	S.8
Mitbestimmungstheater an den Unis	S.8
'Rote Rakete': Ein weiterer Treffer!	S.8

Fortsetzung von S. 1

Nordhorn-Range

was es geht, sind sie feste dabei. Sie stellten ihre Lastzüge quer über die Straße, dass auch nicht der kleinste PKW vorbeikommt. Im Lager wurde für alle gekocht. Lebensmittel spendete die Bevölkerung.

Nur die Bullen auf dem Abwurfplatz hungern. Kein Lebensmittelgeschäft, keine Gaststätte will ihnen was verkaufen – und ihre Verpflegungswagen scheitern an den Barrikaden. Immer mehr Kräfte ziehen sie um Nordhorn-Range zusammen. Ein Gastwirt, der ständig den Polizeifunk abhört: "Insgesamt müssen jetzt über 3100 Mann Polizei und Grenzschutz in der Gegend sein. Nur in Konvois wagen die, auf den Nebenstrassen zu räumen."

REVISIONISTEN WIEGELN AB

Am Abend wird erneut festgestellt: Barrikaden halten – oder räumen? Diesmal von der Leitung des Jugendlagers, die vor allem von der SDAJ (Jugendorganisation der D'K'P-Revisionisten) gestellt. Ihr Sprecher: "Bisher haben wir uns am aktivsten für die Klausheider eingesetzt. Wir haben das Lager auf dem Abwurfplatz errichtet und uns festnehmen lassen. Wenn die Barrikade jetzt bleibt, geben wir der Polizei einen Vorwand, uns erneut zu verhaften. Ausserdem besteht kein Grund mehr für die Barrikade. Wenn die Notgemeinschaft es beschliesst, können sie morgen ja wieder aufgebaut werden." Die meisten Anwe-



Drohend fordert die Bevölkerung ihre von den Bullen gestohlene Stelltafel zurück.

Dem Druck der Klausheider, die sich auf keine Verhandlungen einlassen wollen, müssen die Bullen sich beugen. Über die Brückenabsperzung wird die Tafel zurückgegeben.

Das Schild steht wieder an seinem alten Platz:

senden merkten durch die geschickte Demagogie nicht, wie die Revisionisten hier bremsen wollten und stimmten zu: "Ja, das kann man ihnen wirklich nicht zumuten."

Nur die wirklich aktive Gruppe, Arbeiter der umliegenden Betriebe, wehrte sich mit Händen und Füßen gegen einen solchen Beschluss, konnten die Räumung der Barrikaden aber nicht verhindern.

So verachteten SDAJ-Führer aus Nordhorn gleich den nächsten Angriff: "Wir sind bisher die Aktivisten gewesen. Deshalb sollte das Lager zum strategischen Zentrum werden, von wo aus weitere Aktionen geplant werden." Das hätte ihnen so gepasst! Nachdem die Notgemeinschaft die Massen nicht zurückhalten konnte, wollten sie diese Rolle spielen. Als dieser Vorschlag abgelehnt wurde, erklärten sie, das Lager sei nur noch zur Information da und unterstelle sich voll und ganz der Notgemeinschaft.

Die aktiven Arbeiter fluchten: "Mit diesen Waschbären wollten wir zusammenarbeiten! Wenn wir jetzt nicht weitermachen, war die ganze Woche umsonst. Ohne Druck wird das nichts. Morgen muss es unbedingt wieder losgehen!"

Und es ging wieder los. Als der Bundesgrenzschutz mit einem Hubschrauber so dicht über dem Lager flog, dass Zeltstangen wie Streichhölzer knickten, war der Anlass da. Während die SDAJ-Führer beschlossen, sich beim Polizeieinsatzleiter zu beschweren, beantworteten die versammelten Einwohner diese Provokation der Bullen mit einer Protestversammlung an der Brücke.

Als Wasserwerfer mit Tränengasgemisch von der anderen Brückenseite gegen die Klausheider eingesetzt wurden, platze denen der Kragen: Die Barrikade der Bullen

muss gestürmt werden! Mehrere Stunden wird der Kampf geführt: Jung und Alt greift zu Steinen und deckt die Wasserwerfer ein. Öl und Benzin wird herbeigeschafft, um Molotowcocktails zu bauen. Viele spenden ihre Reservekanister. Zu Dutzenden fliegen die Molottes. Jeder Treffer wird mit Applaus und Jubel von Hunderten begrüßt. Schließlich brennt ein Wasserwerfer. Ein älterer Arbeiter zu den Umstehenden: "Ist das herrlich, wenn man so richtig in die Mitte trifft."

5 Wasserwerfer lösten sich bei den Bullen ab, Panzerwagen wurden aufgeföhren, hunderte Polizisten standen am Ufer und warfen Steine zurück. Die Demonstranten konnten nicht beeindruckt werden. Schließlich griffen Hundertschaften im Rücken der Demonstranten an. Viele holte sich daraufhin Knüppel, um sich zu verteidigen, gaben aber schliesslich der Übermacht des Polizeiaufgebotes für eine erste Nacht.

Was taten die Revisionisten in dessen. Durch eine Versammlung im Lager versuchten sie möglichst viele Menschen von der Brücke fern zu halten. "An der Brücke sind 4 - 5 zugereiste Anarchisten, die mit Steinen werfen. Entweder die werden aus dem Lager vertrieben oder das Lager muss aufgelöst werden." Als die von der Brücke vertriebenen Klausheider zum Zeltplatz kamen, wollten

sie ihren Ohren nicht trauen: sie sollten ein paar dahergereiste Anarchisten sein? Immer wieder versuchten die SDAJ-Führer ihnen das weis zu machen. Von empörten Demonstranten auch aus den eigenen Reihen zurechtgewiesen, wurden sie kleinlaut, wollten keinen mehr aus dem Lager werfen und verkündeten sie würden Sonntag ihr Lager abbrechen.

Einer der aktiven Kollegen nach der Diskussion: "Die sind doch gestorben, diese Feiglinge! Aber wir werden weitermachen, bis wir unser Ziel erreicht haben. Vielleicht ist morgen schon die nächste Aktion!"

Das kämpferische Vorgehen der Bewohner aus Klausheide und Nordhorn widerlegt bestens all diejenigen, die das stetige Anwachsen der spontanen Bewegungen unseres Volkes gegen das Kapital, seinen Staat, sein Militär einfach nicht wahrhaben wollen: Kleinbourgeois und Revisionisten sind gezwungen, an die Spitze dieser Bewegung zu treten, um durch ideologischen und organisatorischen Einfluss die Bewegung abzuwürgen. Und doch gelingt es ihnen nicht, das Heft in die Hand zu bekommen.

Mit der Parole: 'Ersatzlose Streichung von Nordhorn-Range' richtet sich der heftige Kampf der Nordhomer und Klausheider gegen den Militarismus.

Kurz vor Redaktionsschluss

Sonntag abend: Mehr als tausend Menschen aus Klausheide, Nordhorn und Lingen stehen vor der abgesperrten Brücke. Auf der Brücke selber hauptsächlich Jugendliche die auf die Polizei schimpfen, mit Steinen werfen. Plötzlich rücken von hinten mehrere Hundertschaften Polizei an. Zivile zeigen auf die "Redeiführer", helfen mit, sie festzunehmen. 20,30 Menschen werden verhaftet: Väter einfach von ihren kleinen Kindern losgerissen. Die Empörung ist gross. Viele warten auf die Antwort der Notgemeinschaft. Und sie kommt. Hanisch tritt auf und erklärt, er selber habe die Polizei gerufen. Denn die gewaltsamen Aktionen von eingeschleusten Radikalen seien nicht im Sinne der Bevölkerung.

Empörte Pfui-Rufe sind die Antwort Rufe: Verräter! ertönen. Die Notgemeinschaft hat ihre wahre Natur gezeigt: sie steht auf der Seite der Polizei. Die Bevölkerung braucht eine neue Führung, die bereit ist, den Kampf gegen die NATO-Herren kompromisslos zu führen.



LKW-Fahrer solidarisieren sich und sichern die Barrikaden, indem sie ihre Züge quer über die Straße stellen.

Fortsetzung von Seite 1

neu zu fassen, worunter die US-Imperialisten verstehen: Festigung ihrer Vorherrschaft in der NATO bei gleichzeitiger Abwälzung der finanziellen und währungspolitischen Lasten auf seine europäischen Bündnispartner. Während der NATO-Rat tagte, drohte Island mit der Räumung des NATO-Stützpunktes auf seinem Territorium. In den kleinen Ländern, so Dänemark und Norwegen, wächst der Widerstand gegen die Politik der imperialistischen Grossmächte.

Die albanische Regierung erklärte in ihrer Denkschrift: "Es ist für alle europäischen Völker lebenswichtig, die aggressive Politik der Militärblocks in unserem Kontinent sowie in den anliegenden Gebieten abzulehnen und zu bekämpfen, sich konsequent einzusetzen, damit alle fremden Militärstützpunkte und Truppen aus ihren Gebieten abgezogen werden, und ihre Anstrengungen mit dem Kampf der anderen Völker der Welt um Frieden und Sicherheit zu vereinen."

Das ist die wirkliche Perspektive für Frieden in Europa! Auch das deutsche Volk muss dazu beitragen. Der Kampf gegen die NATO-Stützpunkte in Westdeutschland und gegen die Militarisierung hat eine breite Basis gewonnen. Die Militanz dieser Bewegung, wie sie im Kampf gegen Nordhorn-Range sichtbar wurde, steht allerdings noch im Widerspruch zum Bewusstsein über das Ziel dieses Kampfes. Die gleichen Bomber, die die Gesundheit der Bevölkerung um die Militärstützpunkte bedrohen, bedrohen den Frieden, die Unabhängigkeit und Freiheit der Völker – über Europa hinaus. Der vereinte Kampf der Völker gegen den Imperialismus samt seiner Militärmaschinerie ist der einzige Garant für Sicherheit und Frieden in Europa.

Was ist die richtige Forderung ?

In München, Stuttgart und anderen Städten kaufen die Hausfrauen kein Fleisch mehr, um damit gegen die ungehörte Teuerung zu protestieren. Bei Krupp und in anderen Firmen wird die Milch, die 10 Pfennig aufgeschlagen hat, boykottiert. All das sind Kämpfe, die spontan in der Bevölkerung aufkommen. Welche Stellung nehmen wir Kommunisten dazu ein? Unsere grundsätzliche Frage ist, in wie weit schaffen sie der Arbeiterklasse günstige Voraussetzungen, ihr Ziel, den Sozialismus zu erreichen.

Unter dieser Fragestellung ist es eine ganz klare Sache, dass wir so weit es uns möglich ist, in alle spontanen Kämpfe der Arbeiterklasse eingreifen, um sie zur Schule, zum Erziehungsmoment für den revolutionären Klassenkampf zu machen. Unsere Aufgabe ist es dagegen, die Massen immer wieder über den völlig bürgerlichen Charakter der Revisionisten aufzuklären und allen reformistischen Illusionen den unversöhnlichen Gegensatz von Kapital und Arbeit entgegenzustellen.

Wie stellen wir uns zu Boykottmassnahmen gegen die Teuerung? Wir werden solche Aktivitäten unterstützen, die spontan in den Massen entstanden sind. Allerdings können wir sie nicht als die entscheidende Kampfmethod propagieren. Boykottmassnahmen haben verschiedene schlechte Seiten; z.B. die, dass sie in erster Linie die Arbeiterklasse selbst treffen. Wer braucht denn Milch und Fleisch – ein Schwerarbeiter kann darauf kaum für längere Zeit verzichten. Zum anderen greifen solche Boykotts meist nur den einzelnen Milchhändler oder Fleischer an der Ecke oder den kleinen Bauer an. Die Lebensmittelkonzerne spüren solche Nadelstiche kaum; ausserdem

gleiches sie, da sie das Monopol über den Lebensmittelmarkt besitzen, etwaige Verluste, die durch geringeren Warenabsatz entstehen, dadurch aus, dass sie die Preise in die Höhe setzen.

Oft werden auch solche Initiativen von Revisionisten, ja sogar von der Regierung und der Gewerkschaftsführung dazu propagiert, um Dampf abzulassen. Der über die Teuerung emporsteigende Bevölkerung soll damit vorgespiegelt werden, der einzelne "Bürger", oder zumindest kleine Gruppen könnten die Monopole in ihrer Profitgier zügeln. Schon der Name "Bürgerinitiative", mit dem alle solchen Aktivitäten etikettiert werden, soll diesen oft stark von der Arbeiterklasse bestimmten Aktivitäten einen klassenlosen bzw. sogar "bürgerlich-staatkonformen Charakter verleihen. So können solche Bürgerinitiativen auch dazu benutzt werden, um von der entscheidenden Kraft im Kampf gegen das Kapital, von der Arbeiterklasse abzulenken. Ja diese durch einige "supergeschickte" Kleinbürger (der Herr Lehrer, der Herr Pfarrer) oder sogar Kleinbourgeois unter bürgerliche Führung zu hekommen.

Wenn Kommunisten solche Boykottmassnahmen unterstützen, werden sie gegen all diese Fehler kämpfen. Auch gilt es für sie, solche Initiativen hinzulenken, zu verbinden mit dem zentralen ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse, dem Lohnkampf, dem Kampf gegen Lohnraub. Hier ist zur Zeit Teuerungszulage in aller Munde. In vielen Betrieben wurde dafür bereits gestreikt, wie jetzt gerade wieder bei Krupp Essen.

Aber auch die Revisionisten propagieren Teuerungszulage, auch in Gewerkschaftsorganen und in der bürgerlichen Presse wird darüber erstaunlich viel geschrieben.

Das hat auch seinen Grund. Nämlich darin, dass auch hier versucht werden soll, die Bewegung gegen Teuerung zu zersplittern in die einzelnen Betriebe und dabei gleichfalls Dampf abzulassen. Ausserdem versucht man damit, sich vor einer tariflichen Absicherung der Teuerungszulage zu drücken.

Richtig muss es aber im Kampf gegen Lohnraub und Teuerung heissen: Schluss mit dem Tariffrieden! Zwischen tarifliche Lohnkämpfe! Tariflich abgesicherte Teuerungszulage für alle! Tarifliche Absicherung der Effektivlöhne!

Dies ergibt sich aus der Aufgabe der Kommunisten, auch bei gewerkschaftlichen Kämpfen die Organisation und Ausrichtung dahin zu treiben, dass der Kampf eine möglichst grosse Breite und Stosskraft erhält. Es geht dabei nicht nur darum, der Gewerkschaftsführung bei ihrer Taktik des "Dampflassens" in den Weg

zu treten, sondern sie auch daran zu hindern, dass sie sich, sollten zwischen tarifliche Lohnkämpfe nicht mehr zu vermeiden sein, wieder vorn an die Spitze setzen können, um dann hinter verschlossenen Türen die altbekannten faulen Kompromisse mit dem Kapital auszumachen.

Deshalb ist es auch falsch, an die Gewerkschaftsböden zu appellieren: "Kündigt die Tarife", wir müssen ja gerade darauf hinwirken, dass die Arbeiterklasse sich von der Bevormundung dieser Instrumente des Kapitals frei macht und ihre Kämpfe selbstständig organisiert und in Angriff nimmt.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 35 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postcheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert).

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Zechen General Blumenthal

Einige Zahlen zur Zeche 'General Blumenthal' in Recklinghausen: Belegschaft im 1. Quartal 1972: 4 034 Mann; 1973: noch 3 977. - Förderung im 1. Quartal 1972: 551 500 Tonnen; 1973: 636 450 t. - Leistung unter Tage im 1. Quartal 1972: 4 148 kg pro Mann und Schicht; 1973: 5 618 kg/MS.

Wie überall im Bergbau also: Verringerung der Belegschaft bei gleichzeitig erhöhter Förderleistung. (s. RM Nr. 22). Dabei gehört die Zeche noch zu den aufnehmenden Betrieben. So sind jetzt Kollegen von Hannover/Hannibal dazugekommen. Blumenthal expandiert auch auf Kosten der Nachbarzechen in Oer-Erkenschwick.

Mit dieser Konzentrationsbewegung ist auch eine verstärkte Rationalisierung verbunden. So erbrachte ein einzelner Hochleistungsversuch mit neuen Maschinen über 7 000 t am Tag aus einem Streb, d.h. dreiviertel der Tagesförderung der ganzen Zeche mit 6-7 Abbauerpunkten. Viele Kumpels haben daher auch Sorge, dass ohne Lohnsenkung auf die Leistung gedrückt wird und dass die neuen Maschinen nur die Arbeitsplätze wegnemen.

Die Gewerkschaftsführer haben mit den RAG-Herren schon eine von den Kapitalgebern lang gewünschte Gedinge-Änderung, das Grundlohngebot, verabschiedet. Diese Gedingeform verlangt vom Kumpel, dass er z.B. 50% über dem Soll leistet, um 20% mehr Lohn zu bekommen. Als 'Begründung' hält hier, dass die menschliche Arbeit immer weniger zur Leistung beiträgt, diese immer mehr von der maschinellen Leistung abhängt. Es wird also offen zugegeben, dass der technische Fortschritt keineswegs zur Besserung der Lebenslage der Arbeiter dient. Umgekehrt: Er dient als Anlass zu Lohnsenkungen! Es wird eine neue Ausgangsleistung festgelegt, eine neue Bewertung der Arbeitsbedingungen, die der Kumpel nicht über prüfen kann, die Lohnabrechnung wird noch komplizierter und damit noch schwerer zu kontrollieren.

Bedeutete die letzte Lohnsenkung, so steht heute die Lage noch bedenklicher aus. Von jeder Mark geht bald ein Drittel Steuern ab, im Herbst wurden die Beiträge zur Knappschaftsversicherung erhöht, ebenso die Mieten vieler RAG-Werkwohnungen und natürlich auch die Beiträge der IG Be.

Die 12%-Forderung der IGBe-Führung wird deshalb von den Kollegen abgelehnt, weiss doch jeder, dass daraus um die 10% gemacht werden sollen. Und wenn die IGBe-Führer bereits verkünden, dass sie gegen eine Verrechnung der Urlaubs- und Weihnachtsgelderhöhungen und der "vermögenswirksamen Leistungen" mit den 12% sind, ist ein 'Kompromiss' in dieser Hinsicht mit Sicherheit zu erwarten.

Blumenthal hat eine relativ stabile wirtschaftliche Entwicklung in der Vergangenheit. Auch heute fühlen sich viele Kollegen verhältnismässig "sicher".

Die KPD war in der Vergangenheit nie sehr stark am Betrieb. Nach dem Verbot wirkte vor allem der damalige kommunistische Betriebsratsvorsitzende, der noch heute einen guten Ruf bei vielen Kumpels hat. Aber auch er ging auf revisionistischen Kurs.

"oppositional" hinzustellen. Die Kumpels suchten eine Alternative zur IGBe-Bonzenliste. Dass die BAV/OGB keine Alternative darstellt, sondern gleichermassen kapitalistischer ist, stellte sich schnell heraus. Es liegt an den Kommunisten, die Alternative zu zeigen und eine Führung zu schaffen.

Genossen der ehemaligen 'Gruppe Rote Fahne', die heute mit der KPD/ML kämpfen, gehen heute an die Schaffung eines festen Kerns im Betrieb, einer kommunistischen Zelle. Der ROTE MORGEN wird bereits vor dem Tor und im Wohnviertel verkauft, auch unter Tage hat sich schon ein kleines Verkaufssystem bei Sympathisanten entwickelt. Die ideologische Festigung der Genossen auf der Linie der Partei wird in der praktischen Arbeit, in der engen Verbindung mit den fortschrittlichsten Kollegen vorangetrieben.



100 Jahre Ausbeutung bei Blumenthal

Der heutige BR-Vorsitzende Brandau (SPD) nutzt die Führungslosigkeit der Kollegen aus, hält sie hin, täuscht sie, haut ab und zu wieder auf den Putz, vor allem gegen die "Radikalen". Bei den regulären Betriebsratswahlen Frühjahr 72 jagte die BAV/OGB-Liste (Angestellte und christliche Gewerkschaft) der IGBe-Liste 5 Sitze ab, weil sie es schafften, sich

Es ist bereits geplant, die Betriebszeitung "Der Stempel" wieder erscheinen zu lassen. Sie wird in den Tageskämpfen aber auch in allgemeinen politischen Fragen den Kumpels eine klare Alternative zur Propaganda der bürgerlichen Parteien aufzeigen. Sie wird auch als Organisator mitwirken, die Zelle bei General Blumenthal zu stärken und die Führung zu schmieden, die die Kumpels so dringend in ihrem Kampf benötigen.

Cobentry und in Linwood haben die Arbeiter die Brocken hingeworfen.

CHILE: ARBEITERFEINDLICHE REGIERUNG GEGEN BERGARBEITER

Der Kampf der chilenischen Bergarbeiter um höheren Lohn geht weiter. Bei Demonstrationen in den Strassen der Stadt ging die Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas vor, mehrere Demonstranten wurden verhaftet.

KAMPF FÜR TEUERUNGZULAGE BEIM BREMER VULKAN!



Zwei Stunden demonstrieren rund 4 000 Werftarbeiter beim Bremer Vulkan durch die Strassen. Streckenweise wurde der Verkehr zum Erliegen gebracht.

KLASSE GEGEN KLASSE



Generalstreik in Pamplona

Aus Solidarität mit den Arbeitern des Motorenwerks "Motor Iberica" in der Hauptstadt der spanischen Provinz Navarra sind die Arbeiter der Stadt in den Generalstreik getreten. Auch die Läden der Stadt, die nicht-staatlichen Tankstellen und die städtischen Autobusse haben den Betrieb eingestellt. Arbeiterkommandos organisieren die Beteiligung aller an dem Streik. Rund 200 Arbeiter haben die Kirche eines Arbeiterviertels besetzt. Am 15. 6. kam es zu Demonstrationen in der Stadt, bei der die Polizei mit Schusswaffen gegen die Demonstranten vorging. Der faschistische Gouverneur hat in einer Erklärung schärfste Massnahmen gegen alle angedroht, die unter dem Vorwand der Solidarität Ziele anstreben, "die bei einem Volk von so noblen Gefühlen wie dem von Navarra nur Abscheu erzeu-

gen können." Diese Drohung des Faschisten zeigt, dass die Arbeiter nicht nur für mehr Lohn auf die Strasse gegangen sind, sondern zugleich auch gegen das faschistische Regime.

ENGLAND: 3 JAHRE GESTREIKT

Vor genau 3 Jahren traten 150 Arbeiter der "Fine Tubes Ltd." in Plymouth für höheren Lohn in den Streik. In diesen Tagen beendeten auch die entschlossenen, die bis jetzt tagtäglich Streikposten gestellt hatten, den Arbeitskampf.

England: Streiks in der Automobilindustrie

80 Arbeiter bei British Leyland, die eine Einstufung in eine höhere Lohngruppe forderten, lösten einen Streik in Englands grösster Automobilfirma aus. Auch bei Chrysler in



Arbeiterkorrespondenzen

Wer ist Gewerkschaftsfeind?

EIN BEISPIEL....

"Wer neu in die DGB-Jugend oder die IG Drupa-Jugend geht, muss damit rechnen, dass es ihm geht, wie neulich einem Kollegen:

Er kam, um eine Diskussion zur Emanzipation der Frau zu hören: zunächst hörte er aber ein Geschrei von den Bonzen, dass drei Kollegen, die KPD/ML-verdächtig seien, sofort den Saal verlassen sollten. Die Kollegen blieben und die Bonzen tobten weiter. Schüchtern fragte der neue Kollege, ob er jetzt was über die Emanzipation der Frau hören könne. Da schnauzte ihn Baumann (Vorsitzender des Kreisjugendausschusses - RM) an: "Wer bist du denn überhaupt, ich kenn dich ja gar nicht, ist überhaupt eine Anwesenheitsliste herumgegangen?" usw.

Schliesslich begannen die Gewerkschaftsjugendlichen, sich über die ständigen Störungen von Baumann zu ärgern. Sie verlangten, dass er endlich ruhig sein solle. Das war die erste offene Niederlage der Bonzen. Sie benahmen sich wie beleidigte Mandarinen: Sie stiessen theatralische Schreie aus: "Er oder ich!", "Bitte sehr, dann geht ich eben!" und verliessen den Saal.

Das ganze Publikum konnte sehen, dass diesen Leuten zehnmal wichtiger ist, ihre Karriere durch besonderen Elfer bei der Hexenjagd gegen 'Linksradikale' zu fördern, als der ganze Arbeitskreis...

Den Bonzen auf die Finger geklopft

Wir sind Betriebswirtschaftsstudenten und nahmen an einem Seminar zum Thema Mitbestimmung teil. Dazu waren auch Funktionäre der IGM eingeladen.

Der "Kollege" Schade von der IGM-Schule in Lothar war früher mal Arbeiter. Das muss aber schon lange her sein, denn heute läuft er rum wie ein alternder Playboy. Demotischend war auch sein Vortrag über das BVG (Betriebsverfassungsgesetz).

"Das neue BVG bringt nun denn auch in einzelnen Paragraphen einen Hauch von Fortschritt für unsere Arbeitnehmer, trotz aller Tücken und Härten, die es noch hat." "Endlich gibt es eine gesetzliche Grundlage, womit wir den Arbeitgeber festnageln können." (Als wenn für die Kapitalisten die gleichen Gesetze gelten wie für den Arbeiter). "Endlich kann es, wenn der Betriebsrat clever ist, bis zu 8 Betriebsversammlungen geben und noch mehr Abteilungsversammlungen" (Welcher BR-Bonze hat schon Interesse daran) ... "Ausserdem, meine Damen und Herren, gibt es ja die Sozialpläne, die von BR und Arbeitgeber zusammen ausgearbeitet werden, um die Arbeitnehmer vor Ungerechtigkeiten und Härten bei Stilllegungen usw. zu schützen (siehe Montanindustrie, insbesondere Bergbau).

Er stellte zum Schluss dann auch fest, dass sowohl in dem Betriebsrätegesetz 1920, wie auch in denen von 1934 (sehr bezeichnend!) 1952 und auch 1972 der Kern folgender ist: Arbeitnehmer, Betriebsrat und Arbeitgeber müssen zum Wohl des Ganzen (Betrieb als auch des ganzen Volkes) vertrauensvoll zusammenarbeiten (so sagte er sinngemäss).

Vielen Studienkollegen kam dies alles sehr zweifelhaft vor. Wir widersprachen diesen Lügen und versuchten unseren Kommilitonen die Hintergründe der verschiedenen Betriebsverfassungsgesetze zu erklären; wir sprachen über die Entartung der Gewerkschaftsführung, über die Unmöglichkeit, diesen Apparat zu reformieren. Wir berichteten über den Terror gegen den Kollegen Wischnowski bei Opel/Bochum usw.

Unser "Kollege" wurde schon ganz schön nervös, trommelte mit den Fingern auf dem Tisch herum... Den Bock schoss aber sein Chef, der Leiter der IGM-Schule Lothar, Leis, ab. Dieser Herr Leis würde ja öfters streiken wollen, Anlässe gäbe es genug, aber die Kollegen, die wollen ja nicht, denen fehlt es ja an Kampfbewusstsein. Herr Leis gab uns auch zu bedenken, dass so ein Streiktag der Gewerkschaft sehr viel Geld kosten würde, - bei den Löhnen heute - und man es sich natürlich zweimal überlegen würde, bis man einen Streik ausrufen wird. (Wenn Streikgelder gezahlt werden würden, wäre die Dividende der gewerkschaftseigenen 'Bank für Gemeinschaft' wohl nicht gesichert?)

Zum dritten gab Herr Leis zu bedenken, die Ertragslage des zu bestreitenden Industriezweigs, denn "wir haben ja auch kein Interesse daran, die kaputtzumachen." Usw.usf.

Dazu brachten wir Beispiele des Kampfes bei Hoesch, Hülsbeck & Fürst und Mannesmann, sprachen über die Spaltungs- und Betrugsmanöver der IGM-Bonzen und zeigten daran die untrennbare Verbindung zwischen Staat, Kapital und Gewerkschaftsführung auf. Als wir das Mai-Feier-Programm des OGB-Berlin ('If I Had a Hammer') vorlasen, ertönte der IGM-Bonze nur noch Gelächter. Die Verhandlungsmethoden der verschiedenen Gewerkschaftsführer während den Tarifverhandlungen erregten bei einigen Kommilitonen Empörung.

In privatem Kreis antwortete Leis auf die Frage, warum er nicht konsequent den DGB- oder seinen eigenen Standpunkt vertreten habe: "Ich sag doch nicht meine Meinung, die schreiben das nur in ihrem Kommunistenbißle und dann heisst es, der Leis von der IGM-Schule Lothar hat das und das gesagt." Der "Kollege" sieht, es steht auch so drin.

Auf der abschliessenden Seminarbesprechung kritisierten uns viele Kommilitonen, dass wir manchmal den Bogen überspannt hätten, andere Meinungen nicht zu Wort kommen liessen, teilweise einen Privatkrieg mit den Funktionären geführt hätten. Wir übten Selbstkritik in einigen Punkten, verteidigten aber unsere Grundhaltung gegenüber der Gewerkschaftsführung. Die meisten Kollegen waren sich darüber einig, dass sie auch durch diese Diskussion neue Denkanstöße bekommen hätten ... (Zur weiteren Diskussion) haben wir nun beschlossen, einen politischen Arbeitskreis ins Leben zu rufen.

Genossen aus Würzburg.

STREIK BEI KRUPP

In den Essener Krupp-Werken steigt der Unwillen. Die Krupp-Malocher sehen, dass ihr Lohn durch die andauernde Inflationsentwicklung immer mehr gedrückt wird. Sie fordern einen Teuerungszuschlag, damit sie ihren bisherigen Lebensstandard halten können. Nachdem ein Teil der Belegschaft schon eine Woche vorher eine halbe Stunde – manche Kollegen auch bis 2 Stunden – streikten, legten am Freitag, 15. Juni, über tausend Kollegen von Krupp-Widia und der Krupp-Maschinenfabrik die Arbeit nieder. Sie zogen vor die Krupp-Hauptverwaltung an der Altendorfer Strasse, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen.

Die Demonstration von etwa tausend Kollegen auf der Altendorfer Strasse führte zu einer mächtigen Verkehrsstauung, Umleitung von Strassenbahnen usw. Das war der Anlass, dass Polizeitruppen ankamen und die Arbeiter wegdrängten. Ein Arbeiter wurde festgenommen. Die Polizei musste ihn aber bald aufgeben. Gegen die vielen hundert Metallarbeiter war ein stärkeres 'Eingreifen' für sie doch nicht ratsam.

Die 'Masshalteappelle' der Bundesregierung kommen bei den Krupp-Planern in keiner Weise an. Man spürt im Betrieb förmlich, wie sich die Kollegen nach links orientieren. Der Grossteil der Krupp-Arbeiter fühlt sich immer noch als Sozialdemokraten. Von 'Willy' & Co. will man aber gar nicht mehr so viel

wissen. Die Wirklichkeit zerbricht langgehegte Illusionen. Wenn 'Willy' demnächst in Essen aufkreuzt, wird er schon spüren, dass die Arbeiter sauer sind. Oft hört man folgende Sätze: "Ich bin ein alter SPD-ler, aber so wie jetzt kann es nicht ständig weitergehen, so unrecht haben die Kommunisten nicht. Das sind gar keine Kommunisten, Kollegen sind das, die werden zu Kommunisten gemacht durch die ganze Schweinerei mit der Inflation, der kleine Mann hat von denen da oben nichts zu erwarten. Sozialdemokraten in der Regierung gibt's nicht, die stehen doch alle auf der Unternehmenseite. Ohne die Kommunisten würden sie doch alle vier hängen lassen, die fürchten sie."

Einige alte Kollegen erinnern an sehr beliebte kommunistische Gewerkschaftler in den vierziger und frühen fünfziger Jahren. Einer davon, der Kollege Tegel, wurde auf Antrag des Gesamtbetriebsrats-Ausschusses wegen seiner KPD-Zugehörigkeit entlassen. Der Dr. Ackermann von der Betriebsleitung wollte damals vor



Einige alte Kollegen erinnern an sehr beliebte kommunistische Gewerkschaftler in den vierziger und frühen fünfziger Jahren. Einer davon, der Kollege Tegel, wurde auf Antrag des Gesamtbetriebsrats-Ausschusses wegen seiner KPD-Zugehörigkeit entlassen. Der Dr. Ackermann von der Betriebsleitung wollte damals vor

den Arbeitern gut dastehen. Er erklärte: "Ich verlange zum Protokoll, dass die Entlassung auf Verlangen des Gesamtbetriebsrats erfolgt."

Ganz beiläufig während der Arbeit hört man: "Mein Vater ist ein alter Kommunist und recht hat er, es muss ja nicht so ein System wie in Russland sein, was die Kommunisten wollen." Oder: "Nach dem Krieg da hat's floriert, als wir mit gelben Rüben und einem trockenen Stück Brot im Bauch schuften haben müssen. Sie müssen einfach immer wieder unseren Lohn kürzer drücken. Was hilft eine Lohnerhöhung, wenn sie drei oder vier Monate später schon wieder weg ist? Arbeiten wir vielleicht weniger als früher?"

Die Gespräche der Arbeiter zeigen: Die Kollegen haben zunehmend die 'Willy' und Co. und die DGB-Bonzen satt. Für den Sozialismus besteht eine breite Sympathie, die nur dadurch eingeschränkt wird, dass man eine Entartung wie in der DDR befürchtet. 'Bild'-Parolen von 'Politrockern' usw. verfangen überhaupt nicht. Unzählige Krupp-Arbeiter sagen, wenn die Unterhaltung auf Sozialismus kommt: "Mein Vater war auch in der KPD." Preisfrage: Wer steht in seinem Vater, dem guten, alten, abgearbeiteten Mann, einen 'Chaoten' und 'Politrockern'?

Revisionistisches

KANONEN STATT BUTTER

Ausländische Korrespondenten berichten aus Moskau, dass in einigen Gegenden der Sowjetunion wieder Karten eingeführt worden seien. Die sowjetische Presse leugnet dies zwar, jedoch eine Gruppe Arbeiter aus Moskau sagte das Gegenteil. 17 Arbeiter aus dem Ersatzteilwerk Nr. 2 in Moskau schrieben am 19. Januar dieses Jahres; sie erhielten für Molkereiprodukte Karten, allerdings würde man selbst für diese Karten meist nichts bekommen, weil sie entsprechenden Waren eben fehlten.

Das sind die Früchte der stiefberthaften Rüstungspolitik der sowjetischen Sozialimperialisten, die diese benötigen um ihre Herrschaftsrolle auf der Erde aufrecht zu erhalten. Das alte imperialistische Prinzip: Kanonen statt Butter.

FREUNDSCHAFT

IN STAHL GEGOSSEN !!!

Das ist die Überschrift eines Artikels in der UZ der Zeitung der D'K'P. Dort steht dann zu lesen: Zehn je ein Kilo schwere Stahlblöcke gossen das Mitglied des Obersten Sowjet Galuska und der Oberhausener Oberschmelzer Pierot bei der Thyssen Niederrhein AG.

Die Blöcke tragen die Aufschrift: "Freundschaftsschmelze Chargin ..."

Freundschaft in Stahl, die UZ hat die richtige Überschrift gefunden. Man muss den Revisionisten direkt ein Lob aussprechen, dass sie in einem nie gekannten Anflug von Ehrlichkeit endlich einmal das Kind beim Namen genannt haben. Nicht die Völker oder die Arbeiterklasse wurden bemüht, um dahinter das Stahlgeschäft zu tamen – nein, wie es sich für Imperialisten geziemt, ergibt sich die Freundschaft aus dem dicken Röhrengeschäft des Thyssen-Konzerns mit den neuen Zaren.

KAFFEEKLATSCH IN DER UZ

Kaffee, der „schwarze Göttertrank“, ist das beliebteste und verbreitetste Getränk der Welt. Er ist aus dem Leben der Völker aller Zivilisationsstufen nicht wegzudenken. Und so hat auch kein Genußmittel soviel Interesse bei der Wissenschaft gefunden wie gerade der Kaffee.

Erst in neuester Zeit ist es gelungen, die Ursache für die „Kaffee-Empfindlichkeit“ mancher Menschen genauer zu erforschen. Das Resultat ist überraschend: Nicht das Coffein ist der Schuldige, sondern gewisse Röstreizstoffe: Substanzen, die Reize auf das vegetative Nervensystem ausüben und Magen, Leber und Galle belasten, ja sogar an den Magenschleimhäuten ätzend wirken, Sodbrennen und Völlegefühl verursachen können.

Mit modernen Röst- und Behandlungstechniken vermag man jedoch, dem Kaffee diese unerwünschten Röstreizstoffe zu entziehen, ohne den wertvollen Coffeingehalt zu verändern. Und zwar ohne Einsatz von Chemikalien durch ein auf natürlicher Basis beruhendes Kaffee-Verfahren, das im wesentlichen darin besteht, den Kaffee vor dem Rosten zu säubern und mit gespanntem Wasserdampf zu behandeln. Dieser coffeinhaltige Bohnenkaffee gewinnt durch den Veredelungsprozess zudem an Aroma und ist absolut magenfreundlich. Selbst Leber- und Gallenkrankheiten vertragen ihn.

KHF

Aus der Kaffeewerbung des 'T chibo-Onkels' ?????????? Nein ein Beitrag zu den Problemen der Wissenschaft und Technik im Zentralorgan der D'K'P namens UZ.

POLIZEI, GEWERKSCHAFTSBONZEN UND SDAJ-FÜHRER - HAND IN HAND GEGEN ARBEITERJUGEND !

Wie üblich wollte die örtliche DGB-Führung Wuppertal die diesjährige 1. Mai-Veranstaltung auch wieder in einem geschlossenen Saal der Stadthalle durchführen. Dagegen gab es unter den Jugendgruppen und Jugendausschüssen der Gewerkschaft einigen Unmut. Es entstand eine Initiative zur Durchführung einer Demonstration am 1. Mai vor der Stadthallen-Veranstaltung. Treffpunkt sollte das Glanzstoff-Hochhaus sein. Hier, wo der Vorstand des Glanzstoff-Konzerns in den Höhen thront, war im vergangenen Jahr der Beschluss gefasst worden, 3000 Bemberg-Arbeiter in Wuppertal auf die Strasse zu werfen, was deren entschlossener Kampf jedoch verhindert hatte.

Zahlreiche Vertrauensleute dieses Betriebes und anderer Wuppertaler Chemiebetriebe schlossen sich daher der 1. Mai-Initiative an. Das kam den DGB-Bossen jedoch nicht sehr gelegen! Um diese Sache abzuwürgen, trat nun der Vorsitzende des Kreisjugendausschusses, Peter Schröter, in Aktion. Dieser knapp 20-jährige Star-"Jungarbeiter" der D'K'P hat bereits heute seine Funktionärskarriere in der Tasche. Er ist neben seiner Funktion als Vorsitzender des KJA bezahlter UZ-Redakteur, Mitglied der Redaktion des SDAJ-Pop-Büchchens "elan", DKP und SDAJ-Vorstandsmitglied am Ort, usw. Demnächst wird er seine Kadenschulung in Moskau antreten. Besonders hervorzuheben hat er sich durch

wildeste Gerüchtemacherei über die KPD/ML.

Schröter setzte sich also zunächst an die Spitze dieser Initiative und tat so, als wolle er sie unterstützen. Doch dann gab es seltsamerweise immer mehr Schwierigkeiten bis zu solch 'schwierigen' juristischen Fragen, ob der KJA überhaupt über eine solche Demonstration beschliessen könne.

Die Rote Garde rief in einem Flugblatt vor den Betrieben zur Beteiligung an dieser Demonstration auf. Doch wenige Tage vor dem 1. Mai war die Demonstration plötzlich auf das Ende der Saal-Veranstaltung verschoben.

Am 1. Mai selbst: Überall Mannschaftswagen, Zivilbullen, Radfah-

rer, ja sogar berittene Polizei! Vor dem Hochhaus des Glanzstoff-Konzerns: Die gesammelte Mannschaft vom K 14, der Einsatzleiter der Polizei, der Verwaltungsstellenleiter und der Jugendsekretär der IG Chemie und unser "verdienter Genosse" Peter Schröter. Und wer hatte wohl diese netten Staatschützer alle bestellt? Eben dieser grossartige "Kommunist". Wie sich später herausstellte, hatte er ihnen sogar ein Flugblatt der "Maoisten" zukommen lassen. Doch "leider" liess sich von den "Maoisten" keiner sehen.

Während der Veranstaltung machten nun Handzettel die Runde, die zu einer Demonstration nach der Veranstaltung aufriefen. Dies war für Peter Schröter das Zeichen für seinen 3. Auftritt. Er eilte zum DGB-Jugendsekretär und verlangte, die Demonstration zu verhindern, da "Maoisten" daran teilnehmen würden. Doch zu seinem Ärger lehnte dieser den Bärendienst ab.

So kam es, dass sich nach der Veranstaltung doch ein Demonstrationsgrüppchen bildete. Nun holte SDAJ-Boss Schröter seine Mannen aus der Gruppe heraus und

dirigierte sie in sichere Entfernung auf die gegenüberliegende Strassenseite. Dann erklärte er den Bullen, dies seien die bösen "Maoisten", worauf diese – gemäss ihrem Auftrag, jede Demonstration und Ansammlung, egal wo, zu zerschlagen – zur Tat schritten. Zunächst wurden Aufnahmen gemacht und Ausweise kontrolliert.

Dies wäre dann alles nach gewohnter Bullenweise weitergegangen. Um die Lage noch einmal zu beruhigen, um zu verhindern, dass die Gewerkschaft völlig ihr Gesicht verliert, und die ML noch mehr an Einfluss gewinnt, sprang dann der DGB-Ortsvorsitzende ein. Der erklärte dann scheinheilig dem Polizei-Einsatzleiter, dies seien ja gar keine "Maoisten", die hier würde er fast alle aus der Gewerkschaft kennen, ausserdem würden sie mit den "Chaoten" schon selbst fertig. So liess man dann trotz allem aufreichte Demonstrationsgrüppchen von 80 Jugendlichen unter Polizei "schutz" ziehen.

So wäre die Rechnung für jene üblen Bündnispartner nahezu aufgegangen, hätte die Arbeiterjugend nicht so ein waches Auge und Ohr. Wenige Wochen danach wurde Peter Schröter in einer stümischen Kreisjugenddelegiertenkonferenz des DGB von Wuppertal auf Grund dieses Vorfalles zum Teufel gejagt. Zum neuen KJA-Vorsitzenden wurde ein konsequent auf der Seite der Arbeiterjugend stehender Kollege gewählt.

hat am 16. April 1973 beschlossen alle Mitglieder der IG Metall, die einer gewerkschaftlichen Organisation, so zum Beispiel der KPD/ML, angehören, aufzufordern, aus dieser Organisation auszutreten.

Die Weigerung des Austritts bedingt zwangsläufig den Ausschluss aus der IG Metall.

Wie uns aus vielen Flugblättern der Vergangenheit bekannt ist, bist Du Mitglied der gewerkschaftlichen Organisation, so wie oben dargestellt. Wir dürfen Dich hiermit auffordern, aus dieser Organisation auszutreten.

Wir sehen Deiner Entscheidung und Mitteilung über den Austritt, den Du uns bitte belegen willst, mit Interesse entgegen.
Frist 2 Wochen.

Mit freundlichen Grüßen
(Stempel IGM-Wetzlar)
(gez. Büscher)

So wollen die DGB-Bonzen den Genossen dazu erpressen, seine Gesinnung preiszugeben. Das ist ihre Zusammenarbeit mit dem Kapitalisten Neeb.

Die Partei und die Rote Garde verbindet den Kampf gegen den Ausschluss mit ihrem derzeitigen Kampf gegen den Stufenplan. Dies versucht allerdings die vom NRF geleitete "sozialistische Lehrlingsgruppe" zu verhindern – und das, obwohl die SLG vorher in ihrer Zeitung grosse Worte gegen den Ausschlusssterror geschwungen hatte.

"Maoisten brauchen wir nicht!"

Im Eloxal-Werk in der Nähe von Wetzlar sollte die normale 8-Stunden-Schicht für den 15. und 16. Mai auf 12 Stunden hochgeschraubt werden. Der im ganzen Betrieb verschriene Leuteschinder Betriebsleiter Hahn verlangte dann noch, dass diese Mehrarbeit zum normalen Stundenlohn von 7,60 DM gemacht werden solle. Alle Kollegen waren wütend. Sie besprachen sich und stellten die Forderung auf: Für 8 Stunden 7,60 DM Stundenlohn plus 25% Zulage. Für die restlichen 3 1/4 Stunden den Betrag von netto 8 DM auf die Hand.

Als der Betriebsleiter die Wut der Arbeiter sah, lief er zunächst mal fort. Später versuchte er dann, den Genossen, den die Kollegen zu ihrem Sprecher gewählt hatten (dem reaktionären Betriebsrat vertraute sowieso keiner) allein aufs Büro zu holen und dort kleinzumachen. Der betonte aber unbeugsam, dass 8 Stunden und nicht mehr gearbeitet würden. Der Betriebsleiter hatte sichtlich Angst vor einem Streik. Ausserdem drohte er ganz offen mit Rausschmiss.

Darauf gingen die Kollegen zum Chef. Auf dessen Frage, wer die Forderungen denn unterschreiben würde, machten die Kollegen eine Unterschriftenliste. Die Schicht des Genossen unterschrieb voll, die andere zur Hälfte.

Als dann die 12-Stunden-Schicht doch begann, wurde der Chef herbeigeholt. Auf die Frage, was mit dem Lohn sei, tobte er zuerst und wollte dann nur mit dem Genossen alleine verhandeln. Der lehnte ab, und bestand darauf, dass ein jugoslawischer Kollege aus der an-

deren Schicht dazugezogen werden solle. Als der Chef sich weigerte, verliessen die Kollegen den Raum.

Am Tag darauf sollten dann die offiziellen Verhandlungen mit dem Betriebsrat stattfinden. Doch schon eine halbe Stunde vor Beginn kam der Betriebsrat mit dem Verhandlungsergebnis heraus, das 5 DM unter der Forderung der Kollegen lag.

Aber das dicke Ende kam noch: Tags darauf holte der Chef den Sprecher der Kollegen ins Büro und kündigte ihm fristlos: Kündigungsgrund: auf dem Papier: Erhebliche Unruhe-Stiftung, mündlich wurde gesagt: "Maoisten brauchen wir nicht!"

Als die Kollegen von dem Rausschmiss erfuhren, war die Wut gross. Ein Jugoslawe hat wutentbrannt das Werkzeug hingeschmissen und getobt: "Das ist Diktatur hier im Betrieb!" Er hat gleich darauf gekündigt, 2 andere Jugoslawen kündigten eine Woche später als die 12-Stundenschichten weitergeführt werden sollten.

Allerdings verhinderte die Uneinigkeit der Kollegen, dass die

Solidarität zu grösseren Aktionen führte. Manche hatten auch Angst: einem Kollegen wurde angedroht: "Wenn es zum Streik kommt, können auch alle entlassen werden!"

Es hat sich auch gezeigt, wie Betriebsrat und Gewerkschaftsbonzen mit den Kapitalisten Hand in Hand arbeiten. Als der Genosse den Betriebsrat Hahn zur Rede stellte und fragte, ob er der Entlassung zugestimmt habe, bekam er einen feuerroten Kopf und stotterte: "Du musst jetzt selbst damit fertig werden!" Kein Wunder, seine Schwiegersohn arbeitet als Chefsekretär im Büro und er bekommt einen guten Schlosserlohn. Arbeiten hat man ihn in den letzten 4 Wochen nur 2 mal gesehen, sonst säuft er mit Chef, Neeb oder mit anderen Betriebsratsmitgliedern herum. Die Gewerkschaft hat zwar am Anfang noch für den Genossen Stellung genommen, wohl auch, weil der Rechtsschutzbeauftragte Euler (Giessen) noch einen gewissen Klassenstandpunkt besitzt. Der sicherte ihm Rechtsschutz des DGB zu, am 25. Juni wurde der Arbeitsgerichtsprozess beim Amtsgericht Wetzlar anberaumt. Dann schaltete sich aber DGB-Bonze Büscher ein. Der schickte dem Genossen folgenden Drohbrief:

Wetter Kollege ...!
Der Beirat unserer Organisation

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Afrika kämpft - Afrika siegt!

ES LEBE DER BEWAFFNETE BEFREIUNGSKAMPF
DER AFRIKANISCHEN VÖLKER!
NIEDER MIT IMPERIALISMUS UND KOLONIALISMUS!

Am 25. Mai war der zehnte Jahrestag des afrikanischen Befreiungstages. Die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) konnte an diesem Tag auf eine erfolgreiche Entwicklung des afrikanischen Kampfes um Unabhängigkeit und Befreiung zurückblicken. Einundvierzig afrikanische Staaten haben in diesen Jahren die Unabhängigkeit erkämpft.

Sie wissen aber auch, dass sie damit noch keinen vollständigen Sieg errungen haben. Während die Imperialisten und Kolonialisten einen wütenden und brutalen Krieg gegen die Völker führen, die noch um ihre Unabhängigkeit kämpfen, versuchen sie durch Einmischung, Sabotage und Unterwanderung die unabhängigen Staaten wieder in ihre Klauen zu bekommen.

„Die vollständige Befreiung des afrikanischen Kontinents von fremder Einmischung und Herrschaft“, das ist darum auch das Ziel der OAU, das sie sich auf dem Kongress in Rabat im letzten Jahr stellte.

Ein neuer Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel ist die Gründung der Organisation der afrikanischen Gewerkschaftseinheit im April dieses Jahres. Vertreter von mehr als dreissig afrikanischen Ländern nahmen an dem Gründungskongress teil und arbeiteten das Statut aus. In diesem Statut heisst es: Die afrikanischen Arbeiter sind in einem unachgiebigen Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Feudalismus und reaktionäre Tendenzen verwickelt. Sie kämpfen in Zusammenarbeit mit den anderen Völkern der Welt gegen alle Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für eine wirkliche Demokratie und für eine vollständige wirtschaftliche und soziale Befreiung der Völker des afrikanischen Kontinents.“

Die Regierungen, die Völker und besonders die Arbeiter der unabhängigen afrikanischen Staaten wissen, dass Freiheit und Unabhängigkeit nur gesichert werden durch den Sieg der noch um ihre Unabhängigkeit kämpfenden afrikanischen Völker. Darum gilt ihnen ihre tatkräftige Unterstützung und Solidarität.

Diese Unterstützung ist einer der wichtigsten Gründe für den Auf-

schwung der bewaffneten Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien und in den von den Rassen beherrschten Gebieten Rhodesiens und Südafrikas.

Das Volk von Angola errang in den zwölf Jahren seines Kampfes grosse Erfolge. Riesige Gebiete mit über einer Million Einwohnern wurden vom Stiefel der portugiesischen Kolonialherren befreit. Allein im vergangenen Jahr und in den ersten Monaten dieses Jahres wurden Tausende feindlicher Soldaten getötet. Anfang Juni vereinigten sich die beiden grössten Befreiungsorganisationen, die MPLA und die FNLA zum Obersten Befreiungsrat Angolas. Die bürgerliche Presse muss einge-

stehen, dass sich dadurch „die militärische Situation erheblich zugunsten Portugals verändert“ (Frankfurter Rundschau 16.5.73). Holden Roberto, jetzt Vorsitzender des Obersten Befreiungsrats, gab bekannt, dass die FNLA seit Oktober erstmals auch über Flugabwehrwaffen verfüge. Damit wird die Luftmacht der Portugiesen über Angola ein baldiges schlimmes Ende finden.

Auch die Befreiungskämpfer von Mozambique haben neue Siege errungen. In einem Kommuniqué der Befreiungsfront heisst es: Durch die Angriffe im Januar und Februar dieses Jahres wurden dem Feind grosse Verluste an Menschen und Material zugefügt. Mehrere militärische Stellungen der Portugiesen wurden vollständig zerstört. Über den Befreiungskampf in Guinea Bissau berichtet das Exekutivkomitee der Unabhängig-

keitspartei Afrikas für die Befreiung Guineas und der Kapverdischen Inseln, dass im April mehrere Flugzeuge abgeschossen wurden. Artillerie beschoss feindliche Stellungen in Guidago und Biagne und Militäranlagen der Stadt Kato. Die „Ausrottungsfeldzüge“ der Portugiesen sind vollständig gescheitert. Beim Versuch, in die befreiten Gebiete einzudringen, wurden sie zurückgeschlagen und erlitten erhebliche Verluste.

Während die Portugiesen ihren Wahlschwindel abhielten, errichtete das Volk von Guinea Bissau neue Machtorgane des Volkes in den befreiten Gebieten. Die demokratische Volksversammlung, die 1972 gewählt wurde, umfasst heute schon über fünfzehn Verwaltungsgebiete des Landes. Diese Erfolge sind ein weiterer Beweis der Macht des Volkskrieges. Weder die NATO, noch die Hilfe der Rassenhetzer von Rhodesien und Südafrika werden Portugals Niederlage verhindern können.

Nachdem die Befreiungsbewegungen in Angola, Mozambique und Guinea Bissau schon den grössten Teil ihrer Länder beherrschen, wächst auch der Widerstand in Rhodesien und in Südafrika. Seit Beginn dieses Jahres wurde dort mehr als 160 mal gestreikt und unzählige Protestdemonstrationen gegen den Rassismus durchgeführt.

Das Zimbabwe-Volk (Rhodesien) hat allein in den letzten zwei Monaten über 60 Soldaten und Polizisten des Regimes aufgerieben. Viele weisse Grossgrundbesitzer haben ihr Land verlassen und sind in die Hauptstadt Salisbury geflücht.

tet. Trotz brutaler Verfolgung und Massenaburteilungen ganzer Stämme verstärkt sich der bewaffnete Kampf immer mehr.

Auch in Zimbabwe schlossen sich die beiden grossen Befreiungsorganisationen zusammen. Die Union des afrikanischen Zimbabwe-Volkes und die afrikanische nationale Union Zimbabwes haben beschlossen, ein gemeinsames Militärkommando und einen politischen Rat zu bilden.

Auch das Volk Namibians, dessen Land von den südafrikanischen Rassen besetzt ist, verstärkt den bewaffneten Kampf. In letzter Zeit griffen sie mit Erfolg Autokolonnen und Panzer der südafrikanischen Armee an. Auch hier verlassen weisse Farmer ihre Ländereien und verkröchen sich in den Städten.

Um einen Erlass der UNO zu umgehen, der fordert, dass Südafrika sofort die Besetzung Namibias beendet, hat die Regierung Pretorias ein Gesetz über die „Selbstverwaltung Südwestafrikas“ entworfen und einen konsultativen Rat für Namibia gegründet. 20 000 südafrikanische Soldaten sind in Namibia eingerückt, um diese „Selbstverwaltung“ einzurichten. Nichts beweist deutlicher, dass diese „Selbstverwaltungen“ nur der weiteren Teilung und Beherrschung des namibischen Volkes dienen soll.

Aber diese Absicht wird am Widerstand des Volkes scheitern, denn wie Peter Mueshinange, Vorsitzender der Volksorganisation Südwestafrikas (S.W.A.P.O.) sagte: „Es gibt nichts Stärkeres auf der Welt als den entschlossenen Willen eines unterdrückten Volkes, das für seine Freiheit kämpft.“



Die afrikanischen Frauen - eine aktive Kraft im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus.

DIE JUGEND LOC NINH'S BAUT AM NEUEN LEBEN

In diesen Tagen ist die Stadt Loc Ninh ein einziges Meer von Fahnen und Blumen. Rote und blaue Fahnen mit gelbem Stern flattern vor jedem Haus, auf jeder Baumspitze. Auf jedem Gesicht leuchtet die Freude. Ich habe mich sehr gefreut, alte Bekannte wiederzutreffen. Jungen und Mädchen, die vor neun Monaten bei der Befreiung Loc Ninh's dem neuen Leben noch sehr skeptisch gegenüberstanden.

Nun stehen sie da - mit dem Abzeichen der Revolution, stolz auf ihre runden canvas-Hüte, Gewehre und Sandalen. Ich war um so stolzer, als ich wusste, dass viele von ihnen Mitglieder der revolutionären Jugendorganisation geworden waren.

Misses Hoa, Mao, Van My... jeder von ihnen hatte sein Teil dazu beigetragen, die örtliche revolutionäre Macht aufzubauen und die befreiten Gebiete zu sichern. Sie hatten anstrengende Tage hinter sich, hatten in Stosstruppen Gräben gegen die Luftangriffe gegraben und Land gerodet.

Wieder und wieder hatten die Amerikaner angegriffen - mit ihrer Luftwaffe mit B52 waren sie gegen Loc Ninh geflogen, um die Stadt und die Nachbarstädte auszulöschen. Aber weit davon entfernt, den Willen der Bevölkerung, besonders der Jugend zu brechen, schürten Ruinen und Tod, die sie hinterliessen, nur den Hass und schlossen sie in der Verteidigung ihres neuen Lebens enger zusammen.

„Dank der Revolution haben wir einander kennengelernt und sind Freunde geworden. Vor der Befreiung interessierte sich

keiner für das Schicksal seines Nachbarn.“ Das hörte ich oft in meinen Gesprächen mit den jungen Leuten, ob sie aus Mitgliedern der Jugendorganisation waren oder nicht. Und ich hörte häufiger Mitglieder der „civil guards“ des Saigoner Regime gemeinsam mit Befreiungskämpfern singen oder tanzen, um den ersten Friedensfrühling zu begrüssen. Sie arbeiten auch mit daran, die Kriegswunden zu heilen und die Stadt wieder aufzubauen.

Ebullen Tu, ein junges Mitglied des revolutionären Volkskomitees von Loc Ninh zeigte meinem Freund und mir den Wiederaufbauplan für den Distrikt. Zu meiner grossen Freude konnte ich sehen, dass viele Punkte des Plans schon verwirklicht waren.

Neonlicht erleuchtete die Strassen, die von Loc Ninh in die benachbarten Dörfer führten. Die Informationshalle war bis spät abends für jeden Besucher geöffnet. Ein Informationssystem hielt die Bewohner der Stadt über die neuesten Nachrichten der Stimme Vietnams (Radio

Hanoi) auf dem Laufenden.

Seit der Errichtung der Macht des Volkes summen die Sägemühlen wieder und ihre ersten Produkte werden dazu benutzt, den Marktplatz wiederherzustellen. Genauso arbeiten die Schmieden Tag und Nacht, um die Stadt mit Geräten zu versorgen. Fleissige Hände reparieren die Schulbauten und ihre Einrichtungen. Viele Mitglieder der Jugendorganisation sind aktiv an der Erziehung der Kinder beteiligt. Aus den Vorschulklassen in jeder Stadt, in jedem Dorf hört man weithin Stimmen der Kinder, die ihre Aufgaben lernen.

Tag für Tag schreitet Loc Ninh vorwärts beim Aufbau eines neuen Lebens bei seinem Beitrag zur allgemeinen Anstrengung, die Saigoner Regierung zu zwingen, das Pariser Abkommen zu erfüllen. In diesem Kampf zur Sicherung des Friedens spielt die Jugend eine bedeutende Rolle.

(Aus: South Vietnam in Struggle, Zentralorgan der nationalen Befreiungsfront Südvietsnams)



Im pausenlosen Einsatz kämpft die Jugend Vietnams für den Wiederaufbau - hier junge Frauen bei der Wiederherstellung eines Damms. Das Gewehr steht immer bereit, denn die Vietnamesen haben gelernt, dass nur die bewaffnete Macht des Volkes den Frieden garantiert.

11. MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER A.T.Ö.F.

Frankfurt (RM). Vom 9. - 11. 6. fand in Frankfurt die 11. Mitgliederversammlung der türkischen Studentenföderation statt. Der erste Tag war ausgefüllt von einer Flut von Gruss- und Solidaritätsadressen, die aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus dem Ausland eingetroffen waren.

Der KSB/ML, die Sektion der ROTEN GARDE an den Universitäten, war ebenfalls auf diesem Kongress vertreten. Brausender Beifall bekräftigte die tiefe Verbundenheit zwischen der türkischen und deutschen Jugend in ihrem gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Faschismus, als er in der verlesenen Grussadresse hiess:

„Immer mehr sehen die fortschrittlichen Studenten im Kampf die Notwendigkeit, sich mit den Arbeiter- und Bauernmassen zu verbinden, mit ihnen eins zu werden, um ihre revolutionäre Rolle einer wichtigen Armee am Frontabschnitt der Revolution zu spielen. Mao Tse-tung hat festgestellt: „Die Jugend ist die aktivste und lebendigste Kraft der Gesellschaft.“ Was steht dem entgegen? Die terroristische Herrschaft der Kompradorenbourgeoisie (vom Imperialismus ausgehaltene Unterdrücker - RM), Grundherren und bürokratische Kapitalisten der Türkei versuchen durch Folter, Mord und Terror den Lauf der Geschichte in der Türkei aufzuhalten. Doch kann sie die lebendigste Kraft der Gesellschaft in der Türkei, die türkische Jugend ersticken? Niemals, denn der türkischen Jugend gehört die Zukunft in der Türkei und kein Imperialist, kein Grundherr wird das verhindern können.“

Auch in der BRD und Westberlin werden die türkischen Studenten verfolgt und unterdrückt. Gerade vor kurzem wurden zwei türkische Studenten und ein Arbeiter von der deutschen Polizei überfallen, weil sie Broschüren des proletarisch-revolutionären Aydinlik mit sich führten. Bei der Verhaftung stützte sich die Regierung auf das im letzten Jahr verschärfte Ausländergesetz. Dies ist keine Ausnahme.

In Westberlin hat der Senat die Stipendien für Ausländer um 350 000 DM gekürzt, baut gleichzeitig ein neues Kongresszentrum für 30 Millionen DM. Es ist klar: Diese Kürzung der Stipendien trifft natürlich nicht die Söhne der Bourgeoisie in der Türkei, sondern alle patriotischen Studenten der

Türkei, die auch während ihres Studienaufenthaltes im Ausland den Kampf zum Sturz der faschistischen Militärdiktatur in der Türkei mutig fortsetzen...“

Es kann kein Zweifel bestehen, dass die A.T.Ö.F. vom Verbot durch die Brandtregierung bedroht ist, die bereits die Palästinenserorganisationen GUPS und GUPA verboten hat.

Die türkische faschistische Militärdiktatur orientiert sich zunehmend an der Zusammenarbeit mit der EG und ist bereit, ihren Markt dem europäischen Kapital noch weiter zu öffnen. Westdeutschlands Kapitalinvestitionen sind bereits vor die der USA getreten.

Auch militärisch hat Bonn ein verstärktes Interesse am NATO-Partner Türkei. Die Türkei ist ein strategisch wichtiges Land zur Beherrschung des östlichen Nahen Ostens. Die 500 000 Mann-Armee ist mit modernsten NATO-Waffen ausgerüstet und die stärkste Militärmacht im Nahen Osten. Die BRD lieferte allein von 1964 - 71 für 380 Mill. Waffen. 1971 schenkte sie der Faschistischen 20 Transall-Flugzeuge der Bundeswehr.

Wie 'selbstlos' diese Geschenke auf Kosten der westdeutschen Steuerzahler sind, zeigte sich z.B. während des 6-Tage-Krieges Juni 67: vom Militärstützpunkt Cigli in der Türkei starteten US-Bomber zur Unterstützung der israelischen Eroberer. Im September 1970 wurden türkische Truppen mobilisiert und an die syrische Grenze beordert, um dem Mörder Hussein zu Hilfe zu eilen, der gerade an die Niederschlagung der palästinensischen Freiheitskämpfer und Flüchtlinge ging. Der gleiche Hussein, mit dem Bonn beste Beziehungen pflegt und auch demzufolge Genscher die Palästinenser-Organisationen in Westdeutschland verbietet.

Kein Zweifel, die A.T.Ö.F. ist ebenfalls vom Verbot bedroht. Verstärken wir die internationale Solidarität gegen die internationalen Verbrechersyndikate von Bonn bis Istanbul!

Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens / ML erfolgreich abgeschlossen!

GRUSSBOTSCHAFT

des 1. Parteitags der Kommunistischen Partei Spanien (ML)
an alle ML-Parteien und -Organisationen in der Welt

Grussbotschaft

an das Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei
Spaniens/
Marxisten-Leninisten
zum erfolgreichen
Abschluss des 1. Parteitages.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten entbietet Euch zum erfolgreichen Abschluss des 1. Parteitages brüderliche Kampfesgrüsse.

Der Parteitag fand in einer Situation statt, wo die Bewegung der Volksmassen gegen die faschistische Franco-Diktatur und den Yankee-Imperialismus in Spanien klar zunimmt. Die Streiks der spanischen Arbeiterklasse, die Kämpfe der Bauern und schliesslich die gewaltigen Demonstrationen und Kundgebungen zum diesjährigen 1. Mai zeigen dies eindeutig.

Eure Partei, die im Jahre 1964 im Kampf gegen den modernen Revisionismus entstanden ist, hat immer an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus festgehalten. Der schonungslose Kampf gegen den modernen Revisionismus war die Grundlage für Eure Erfolge im Kampf gegen den Franco-Faschismus und den amerikanischen Imperialismus in Eurem Land. Eure Kampfserfolge sind ein Triumph des Marxismus-Leninismus. Sie sind Erfolge für die gesamte marxistisch-leninistische Weltbewegung.

Der in einer Zeit von zwei Jahren gründlich vorbereitete Parteitag spiegelt die Geschlossenheit und das hohe politische und ideologische Niveau Eurer Partei wider. Die auf dem Parteitag verabschiedeten Resolutionen weisen der Partei klar den Weg zur erfolgreichen Führung der Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse und schliesslich zum endgültigen Sieg über den Faschismus und die Yankee-Herrschaft. Für uns bedeutet es eine grosse Ermutigung und Freude zu hören, dass Eure Organisationen in allen Teilen des Landes Wurzeln gefasst haben und ihr heute die stärkste revolutionäre Kraft des Landes darstellt.

Zwischen der deutschen und spanischen Arbeiterklasse, zwischen den deutschen und spanischen Kommunisten existiert eine tiefe kämpferische Verbundenheit. Diese Verbundenheit wurde begründet im gemeinsamen Kampf gegen den Franco- und Nazifaschismus zur Verteidigung der Republik. Diese traditionelle Freundschaft währt auch heute noch weiter, lebt durch unseren gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Faschismus und für Freiheit und Sozialismus. Wie Euer Parteitag festgestellt hat, nimmt der westdeutsche Imperialismus heute wie zur Zeit des Nazi-Faschismus entscheidend an der Unterdrückung und Ausbeutung des spanischen Volkes teil. Wenn seine dominierende Rolle auch durch den US-Imperialismus abgelöst wurde, so versucht er doch, ständig seinen Einfluss zu erhöhen. Im Kampf gegen diesen gemeinsamen Feind werden wir uns gegenseitig unterstützen.

Unsere Partei ist wie die Eure im Kampf gegen den modernen Revisionismus entstanden und hat sich in diesem Kampf gestärkt und weiterentwickelt. Die Genossen unserer Partei sind stolz auf die Fortschritte ihrer spanischen Brüder. Der erfolgreiche Abschluss Eures Parteitages ist auch für uns ein Ansporn in unserem Kampf.

Die Lehren Eures Parteitages werden uns in unserem Kampf bestärken und eine wertvolle Hilfe sein. Die Botschaft von Eurem Parteitag wird unsere Freundschaft weiter vertiefen und uns in der gegenseitigen Unterstützung und Hilfe anspornen.

**VORWÄRTS IM GEISTE DES MARXISMUS-
LENINISMUS UND DER MAOTSETUNG-IDEEN!**

**ES LEBE DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE
WELTBEWEGUNG!**

**ES LEBE DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI
SPANIENS/MARXISTEN-LENINISTEN!**

**VORWÄRTS IM GEISTE DES
1. PARTEITAGES DER PCE/ML!**

**ES LEBE DIE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEM
SPANISCHEN UND DEM DEUTSCHEN VOLKE!**

**HOCH LEBE DER AKTIVE
PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!**

Liebe Genossen! Die KP Spaniens (ML) schickt Euch von ihrem 1. Parteitag brüderliche Kampfes- und Solidaritätsgrüsse.

Unser Parteitag findet in einem Augenblick statt, in dem die Kampfkraft der Volksmassen unseres Landes gegen die faschistische Franco-Diktatur und die Yankee-Herrschaft über unser Land stark zunimmt. Der Parteitag grüsset alle Bruderparteien und ml-Organisationen, die in der ganzen Welt, an verschiedenen Fronten und unter verschiedenen Umständen, gegen die Feinde der Völker: den Yankee-Imperialismus, den russischen Sozialimperialismus, die Reaktion im allgemeinen und den verräterischen modernen Revisionismus den Kampf führen. In diesem ungedulden Kampf fühlen wir uns eng mit Euch vereint. Wir spüren den Elan Eures Kampfes, der uns Mut macht, unsere Anstrengungen zu vervielfachen.

Unsere Partei, im Jahre 1964 neu begründet auf der Basis des Marxismus-Leninismus, hat harte Kämpfe gegen jede Art von Feinden ausfechten müssen. Diese Kämpfe haben die Partei gefestigt und gestärkt, unsere Organisationen haben sich entwickelt und in allen Teilen des Landes Wurzeln gefasst, so dass wir heute die stärkste revolutionäre Kraft in Spanien darstellen. Das wird Euch zweifellos mit Befriedigung erfüllen: Es ist ein Triumph nicht nur der spanischen Marxisten-Leninisten, vielmehr ebenfalls der Marxisten-Leninisten der Welt, die uns jederzeit ermutigt und ihre internationalistische Hilfe gewährt haben.

Unser Parteitag erklärt, dass Eure Kämpfe auf allen Gebieten eine grosse Hilfe für unsere Partei dargestellt haben, besonders der Kampf zur kompromisslosen Verteidigung der ml-Prinzipien. An der Spitze dieses Kampfes haben jederzeit die heldenhafte Partei der Arbeit Albaniens und die ruhmreiche KP Chinas gestanden. Von ihnen sowie von den übrigen ml-Parteien und Organisationen haben wir gelernt, dass unsere Partei ohne einen Kampf auf Leben und Tod auf ideologischem Gebiet gegen den modernen Revisionismus niemals in der Lage sein würde, sich zu festigen, sich zu verwurzeln und die breiten Volksmassen aus der Sackgasse zu führen, in die sie von der Verräter-Clique Carrillo-Ibarruri gelockt worden sind.

Deshalb erklärt unsere Partei – und der 1. Parteitag hat das gerade bestätigt – dass im Kampf gegen den

ES LEBE DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE WELTBEWEGUNG!

ES LEBE DER AKTIVE PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

ES LEBE DER UNBESIEGBARE MARXISMUS-LENINISMUS!

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

Radio Tirana eine Unterstützung in unserem Kampf

Eine Reisegruppe der KPD/ML sprach mit den Genossen von Radio Tirana. Die albanischen Genossen freuten sich sehr über den Wunsch, mit ihnen sprechen zu können. Sie erhalten zwar viele Hörerbriefe, aber haben nur selten Gelegenheit zum Gespräch, zum persönlichen Kontakt mit ihren Hörern. Unsere Genossen stellten entsprechend der knappen Zeit eine Reihe von Fragen. Die Antworten sind folgendermassen zusammengefasst:

1. Radio Tirana hat kein Korrespondentennetz, sondern sammelt seine Informationen über die verschiedenen Länder aus dem Zentralorgan der marxistisch-leninistischen Partei, aus Meldungen der bürgerlichen Presse, sowie aus Hörerbriefen. Die Redaktion überprüft die Fakten und verwendet sie nur dann, wenn sie von ihrer Korrektheit überzeugt ist. Die richtige politische Einschätzung der Verhältnisse in den verschiedenen Ländern erfolgt auf der Grundlage der Fakten und unter der politischen Anleitung der PAA. Mit Hilfe des Marxismus-Leninismus und der politischen Linie der PAA erarbeitet die Redaktion ihre politischen Kommentare; die ML-Presse der Bruderparteien bildet dazu eine wichtige Unterstützung.

Die Redaktion ist an der schnellen und korrekten Übermittlung von Tatsachen aus dem Klassenkampf unseres Landes sehr interessiert, um ihre Sendungen noch verbessern zu können. Die Genossen stellten deshalb fest, dass sie deshalb auch insbesondere das Zentralorgan unserer Partei, durch gute, faktenreiche Berichte verbessern helfen müssen, als auch die albanischen Genossen von Radio Tirana durch Hörerbriefe zu unterstützen.

2. Über die DDR (innere Verhältnisse) sendet Radio Tirana relativ weniger als über die DDR. a) weil die Informationsbasis nicht so gut ist, denn es gibt keine ml-Partei in der DDR, und die revisionistische Presse lebt von Verdrehungen und Beschönigungen. b) weil für die DDR-Politik die Abhängigkeit vom sowjetischen

modernen Revisionismus niemals darauf verzichtet werden kann, einen deutlichen und klaren ideologischen Trennungsstrich zwischen den Marxisten-Leninisten und den Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen, den Rechten wie den Ultra-Linken, aufrecht zu erhalten und zu verstärken.

Unser Parteitag grüsset herzlich die Völker, die in ihrem Lande, unter der Führung ihrer ml-Parteien, erfolgreich am Aufbau des Sozialismus arbeiten und die ein Beispiel und ein Leuchtturm sind für alle Völker der Welt, wie in China und Albanien! Mit Bewegung grüssen wir die Parteien, die den bewaffneten Kampf um Unabhängigkeit und Befreiung ihrer Völker eröffnet haben, wie z.B. in Vietnam, Kambodscha, Laos, Burma, Indonesien, Philippinen, Brasilien, Kolumbien usw.! Wir grüssen die Parteien, die den Kampf unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität vorantreiben, wie in Polen, in der Türkei, in Griechenland usw.! Wir grüssen schliesslich die Bruderparteien, die unter der sogenannten bürgerlichen 'Demokratie' die roten Fahnen des Marxismus-Leninismus und der Revolution erheben!

Unser Parteitag bekräftigt seine Treue zum aktiven proletarischen Internationalismus als einem unverzichtbaren Prinzip des Marxismus-Leninismus. Er verspricht, alles eben Mögliche zu tun, um mit allen ml-Kräften der Welt eine noch engere Einheit zu bilden, um die weltweite antimperialistische und antirevisionistische Front immer mehr voranzutreiben und zu stärken. Dabei wissen wir, dass unser Kampf unablässiger Bestandteil des Kampfes der unterdrückten und ausgebeuteten Völker der Welt ist.

Die KP Spaniens (ML), vereint auf ihrem 1. Parteitag nach fast 9 Jahren des Kampfes, verpflichtet sich fester gegenüber allen Bruderparteien und allen revolutionären Organisationen der Welt, ihren Kampf gegen den Faschismus, den Imperialismus und den Revisionismus noch weiter zu verstärken, bis zum Tage der Auslösung des Volkskrieges, des bewaffneten Kampfes durch den Spanien, schwaches Kettenglied der imperialistischen Kette in Europa, eines Tages frei sein wird und unabhängig.

Vorwärts, Genossen, in unserem gemeinsamen Kampf unter den roten Fahnen von Marx, Engels, Lenin und Stalin!

Sozialimperialismus entscheidend ist, und dieses Thema (die Entartung des Sozialismus in der SU und die Gefährlichkeit des Sozialimperialismus) werden von Radio Tirana ja sehr gründlich behandelt.

Um ihre Arbeit gegenüber den deutschen Hörern zu verbessern, führt Radio Tirana folgende Änderungen ein: Innerhalb des deutschsprachigen Programms wird eine Unterteilung vorgenommen in Sendungen, die mehr die DDR-Hörer betreffen und in Sendungen, die mehr auf die Hörer in der DDR ausgerichtet sind. Daneben gibt es noch Sendungen für die Hörer in der DDR und der DBF, die die allgemeinen Fragen der marxistisch-leninistischen Weltbewegung behandeln.

Die Genossen von Radio Tirana betonen, dass sie die unterschiedlichen Bedingungen von DDR und DBF berücksichtigen, dass sie deshalb aber keinesfalls eine Spaltung zwischen beiden deutschen Staaten vollziehen. Unsere Genossen begrüssten die neue Einteilung des Programms. Sie versprochen, ihre Gedanken und Vorschläge zu den Sendungen: "Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt!" und "Der Marxismus-Leninismus – eine immer junge wissenschaftliche Lehre" Radio Tirana zuzuschicken.

3. Der Arbeitsstil der Redaktion ist geprägt von Kollektivismus, von Kritik und Selbstkritik, von der Verbundenheit mit den Massen. Alle Redakteure arbeiten mindestens einen Monat im Jahr in der Produktion. In der gesamten Arbeit wird das Prinzip von Kritik und Selbstkritik durch Blitzbriefe und Versammlungen durchgeführt. Arbeiterdelegationen aus den umliegenden Fabriken kontrollieren den Arbeitsstil der Redaktion, sie verfügen Massnahmen gegen Abweichungen, wie z.B. gegen das Nichteinhalten der Arbeitszeit. Redakteure "die die Nase zu hoch tragen", werden versetzt und erhalten andere Aufgaben.

Redakteure, die z.B. eine Reportage über eine LP machen sollen, nehmen in der LPG an der Produktion teil und erstellen dabei die Reportage.

Für Kommunisten gibts nur einen Platz: In der KPD/ML

Die Ortsgruppe Butzbach der D'K'P im Raum Giessen zählte 200 Mitglieder. Sie zählte – denn bereits 57 Mitglieder der Ortsgruppe sind vor kurzem aus der D'K'P ausgetreten. Sie machen die Politik des Verrats der Bachmann-Clique an der Arbeiterklasse, am Marxismus-Leninismus nicht mehr mit!

Bereits während der Invasion der sowjetischen Sozialimperialisten in die CSSR verfasste die Ortsgruppe eine Solidaritätserklärung mit dem tschechoslowakischen Volk – und keineswegs mit der bürgerlichen Dubock-Clique, wie es die D'K'P-Führung darzustellen versucht. Auch protestierten sie gegen die Niederschliessung polnischer Arbeiter im Dezember 1970, die mit dem Gesang der Internationale und roten Fahnen durch die Ostseestädte zogen.

Die Genossen in der Ortsgruppe Butzbach der D'K'P, die versuchten, am Marxismus-Leninismus festzuhalten, haben auch in der Arbeiterschaft und der Bevölkerung am Ort Vertrauen. Über 10% Stimmen erhielten sie in der Bundestagswahl, zwei Stadtverordnete stellte die D'K'P-Ortsgruppe. Dies ist der beste Beweis gegen die revisionistische Lüge, die Massen würden revolutionäre Politik ablehnen, mit revolutionärer Politik würde man sich 'sektiererisch' isolieren. Umgekehrt: Immer isolierter werden die Pseudokommunisten der D'K'P-Führung, wie gerade auch die Entwicklung in der Ortsgruppe Butzbach der D'K'P zeigt.

Die Entwicklung in der Ortsgruppe Butzbach der D'K'P kann nicht unabhängig davon gesehen werden, dass die marxistisch-leninistische Bewegung weltweit wie auch in Westdeutschland wächst und erstarkt, dass die KPD/

Marxisten-Leninisten immer deutlicher als einzige Alternative für revolutionäre Mitglieder der D'K'P sich darstellt.

Auch die Genossen in der Ortsgruppe Butzbach haben lange Jahre versucht, den Kampf zweier Linien in der D'K'P zu führen, die bürgerliche Führung zu kritisieren, abzuwählen. Vergeblich. Resolutionen der Ortsgruppe verschwanden im Papierkorb, Proteste wurden mit Ausschlüssen behandelt. Eine klare Absage an alle Illusionen, man könne die D'K'P zur Partei der Arbeiterklasse, zur Kommunistischen Partei machen. Dieser Versuch scheiterte bereits in der alten KPD.

Lange Jahre kämpften revolutionäre Mitglieder der KPD gegen die Reimann-Bachmann-Revisionisten. Nachdem sie erkannt hatten, dass der Revisionismus und damit die Bourgeoisie die Macht in der KPD an sich gerissen hatte, gab

es nur einen klaren Schritt: Der Aufbau einer wahrhaft kommunistischen Partei. So wurde 1968/69 unter Führung des Genossen Ernst Aust, einem revolutionären Funktionär der KPD, unsere Partei gegründet: die KPD/Marxisten-Leninisten. Die Richtigkeit dieses Schrittes beweist sich von Tag zu Tag mehr, auch für die Genossen in der D'K'P.

Auch in Butzbach fanden die revolutionären D'K'P-Mitglieder eine Unterstützung bei Genossen der KPD/ML, mit denen sie schon längere Zeit solidarisch diskutierten, trotz der Warnungen des revisionistischen D'K'P-Vorstands. Erst vor drei Monaten besuchten D'K'P-Genossen eine Veranstaltung unserer Partei in Giessen und Wetzlar. Vor allem wollten sie immer Informationen über den Aufbau des Sozialismus in China und Albanien. Informationen, die die D'K'P-Führung ihnen vorenthielt und nur in Form von Lügen und Verleumdungen zukommen liess.

Die Genossen in der Ortsgruppe Butzbach kritisieren heute offen den Revisionismus der D'K'P-Führung. Sie informieren sich und schulen sich, um dem Kampf der Arbeiterklasse weiter zu dienen. Auch innerhalb der D'K'P in Butzbach versuchen die Genossen, weiterhin alle ehrlichen Kommunisten vom Verrat der Führung zu überzeugen. Für diese Genossen kann es nur einen konsequenten Schritt geben, wenn sie für ein sozialistisches Deutschland weiterkämpfen: Kampf in den Reihen der KPD/ML!

ALBANIENVERANSTALTUNG IN HEIDENHEIM

Am 1.8. fand in Heidenheim eine Veranstaltung über die VR Albanien, die vom Sympathisantenkollektiv der KPD/ML organisiert worden war, statt. Die Veranstaltung war gut besucht, einige ältere Kollegen und Genossen waren anwesend, darunter auch ein Genosse aus der D'K'P. In der Hauptsache waren Jugendliche gekommen. Obgleich der Lichtbildervortrag nicht gekommen war, wurde die Veranstaltung ein voller Erfolg.

Ein alter Genosse, ehemals Giessereiarbeiter, berichtete

von seinen Erlebnissen und Erfahrungen, die er bei einem Studienbesuch in Albanien im letzten Sommer machen konnte. In seinem fast zweistündigen Vortrag gab er einen Überblick über die heroische Geschichte des albanischen Volkes und stellte ausführlich die grossartige politische, wirtschaftliche, sozialen und kulturellen Errungenschaften dar. Der Genosse hatte auch in Albanien selbst einen besonderen Beitrag zur deutsch-albanischen Freundschaft geleistet: Durch einen Verbesserungsvorschlag im

Textilkombinat Mao Tsetung. Die albanischen Arbeiter, die diesen Vorschlag auch sofort in die Praxis umsetzten, luden den Genossen ein, sie auch im folgenden Jahr zu besuchen.

An den Vortrag schloss sich eine Diskussion über Strategie und Taktik der KPD/ML für den Kampf um den Sozialismus in Deutschland an. Dabei wurden auch kritisch die letzten Kämpfe untersucht, vor allem in Bonn und Dortmund. Zum Schluss der Veranstaltung wurde für den Prozess gegen Genossen Ernst Aust gesammelt.

ALTE FREUNDSCHAFT ZAHLT SICH AUS

Gleich nach dem Kriege hatte er seinen Stamplatz im Fernsehen. Peter Frankenfeld, der Quizmaster trug fast wöchentlich dazu bei, stickigen Kleinbürgern in die Stuben der werktätigen Bevölkerung zu tragen. Die Sendungen waren aufgebaut nach dem Prinzip: Wer leistet mehr, wer sucht den anderen aus, wer legt den anderen herein, nach dem Prinzip Konkurrenz und Neid, wo sie es der Geist des Kapitals ist.

Warum Frankenfeld so schnell nach dem Krieg aus der Röhre kucken durfte, wird heute gut verständlich. Als jetzt die Witwe des in Nürnberg zum Tode verurteilten Nazischergen und

Massenmörders Hermann Göhring in München beerdigt wurde, da schickte neben Konzernbossen wie der Zigarettenkönig "Reemtsma", auch Peter Frankenfeld seinen Beileidskranz.

Vermutlich war es auch ein Dankesbeweis dafür, dass diese alten Freunde ihre Beziehungen spielen liessen, als Frankenfelds Sohn Thomas vor Gericht stand, weil er mit einem Kleinkalibergewehr einen Spaziergänger angeschossen hatte, wofür er zu ganzen 800 DM Geldstrafe verurteilt wurde.

Wenn heute ein Demonstrant einem Polizisten einen Stups gibt, muss er mit ein paar Jahren rechnen!

TERRORURTEIL!

Am 6. Juni wurde der Elektriker Peter Bayer wegen Teilnahme an der Demonstration am Roten Antikriegstag zu 12 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Diese 12 Monate sind Terror, sogar nach dem bürgerlichen Recht. Denn Peter konnte noch nicht einmal nachgewiesen werden, dass er an der "Schlacht am Karlstor" überhaupt aktiv beteiligt war.

Hauptbelastungszeuge Polizeiobermeister Schmerzinger verwickelte sich in Widersprüche. Ausserdem behauptete er, er habe Peter beim Karlstor erkannt – mit einer Kapuze auf dem Kopf. Peter hatte bei der Demonstration überhaupt keine Kapuze getragen – wie auch die dem Staatsanwalt vorliegenden Bilder bewiesen.

Hier sollte die Gesinnung verurteilt, Klassenkämpfer eingebuchtet werden – von "Rechtsprechung" blieb nicht einmal der Schein.

Und so sagte der Richter bei der Urteilsverkündung denn auch offen: Peter Bayer habe, besonders bei seiner Schlussrede gezeigt, dass er sich nicht "bessern" wolle, deshalb sei auch die Strafe nicht zur Bewährung.

Peter sagte in seiner Schlussrede unter anderem: "Wenn der Staatsanwalt sagt, ich hätte "schädliche

12 Monate Gefängnis für Peter Bayer

Neigungen", so hat er recht. Denn unsere Gesellschaft besteht aus zwei Klassen – den Ausbeutern und Unterdrückten und den Ausgebeuteten und Unterdrückten. Zwei Klassen, die sich entgegenstehen. Wenn also etwas für die eine Klasse schädlich ist, so ist das für die andere Klasse nützlich. Meine Neigungen sind für die Kapitalistenklasse schädlich, weil ich zur Arbeiterklasse gehöre, für die meine Neigungen nützlich sind. Ich werde meine Neigungen einsetzen für den Sturz der Kapitalistenklasse, zur Errichtung der Herrschaft über die alten Ausbeuter, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats."

**FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
VORWARTS IM ANTIMILITARISTISCHEN KAMPF!**



RM-REDAKTION: G. Schubert 43 Essen 14 Postfach 36 07

Die Osrarn-Zelle besteht aus Genossen, die über zwei Jahre lang Mitglieder der Spalterorganisation "Gruppe Rote Fahne/Bochum" (GRFB) waren. Seit drei Monaten gehören sie nun zur Partei. Ebenso die Jugendzelle der ehemaligen GRFB bei Osrarn. Die Genossen schreiben u.a.:

"In der GRFB wurde viel von der Hegemonie des Proletariats gesprochen, aber auch nur gesprochen. Denn in der Tat sah es anders aus. führenden Funktionen wurden von Intellektuellen eingenommen, die proletarischen Genossen wurden nicht gefördert. Wir, das Proletariat, muss in allem die Führung innehaben.

Wir waren schon unter der GRF relativ viele Genossen in der Osrarn-Zelle und hätten schon längst ohne die Unterstützung der Intellektuellen arbeiten können. Woran lag das, dass das nicht der Fall gewesen ist? Auf der einen Seite wurden wir nicht richtig gefördert, auf der anderen Seite hatten wir nicht genug Vertrauen in unsere Kraft, d.h. gleichfalls mangelndes Vertrauen ins Proletariat...

Unsere Zelle besteht jetzt nur noch aus Proleten, die alle bei uns im Betrieb arbeiten. Es läuft jetzt besser als vorher. Wir haben unsere Stärke erkannt. Wir schreiben jetzt selbst unsere Artikel, drucken unsere Betriebszeitungen selbst, lernen es, Schulungen zu leiten und mit Klassikern umzugehen. Unsere Sitzungen sind nicht mehr so langatmig wie früher. Jetzt wird gehandelt, denn wir wissen ja, was im Betrieb los ist und wie wir uns dort verhalten müssen. Kurz, wir haben jetzt einen proletarischen Arbeitsstil. Eine Terminhetze gibt es bei uns nicht mehr.

Denn wie sah es in der GRFB aus? Termine und nochmals Termine. Was richtiges ist selten rausgekommen, weil man keine richtige Zeit hatte, sich vorzubereiten und weil man einfach auch fertig war. Aber was noch ein viel grösserer Fehler war, wir haben uns teilweise von den Kollegen isoliert!

Die Partei besteht nicht nur aus Menschen, die für die politische Arbeit ihr ganzes Privatleben aufgeben, sondern dass die Vielzahl der Mitglieder revolutionäre Arbeiter sein müssen, die eben gerade auch überall, wo sie auch in der Freizeit sind, Propaganda machen für die Partei. Parteiarbeit heisst nicht Zellenarbeit, sondern hauptsächlich unter den Massen arbeiten...

Wie sah es nun mit der Aufnahmepolitik in der GRFB aus? Vorweg: Die Zelle einer bolschewistischen Partei muss die neugewonnenen Genossen im Sinne der Partei erziehen. Also ihnen im Kampf zweier Linien die Linie der Partei begreiflich machen und sie davon überzeugen. Das ganze Gegenteil in unserer Betriebszelle. Wenn einer aufgenommen werden sollte, musste er schon Kader sein...

Revolutionäre Arbeiter müssen in die Betriebszelle. Kriterien müssen sein: Anerkennung des Status, regelmässig an den Zellsitzungen teilnehmen (und aktive Parteiarbeit leisten) und regelmässig Beitrag zahlen.

Es sind jetzt zwei neue Genossen aus dem Betrieb aufgenommen worden.

SOLIDARITÄT

Auf einer Veranstaltung der KPD/ML Braunschweig zum 1. Mai wurde eine Resolution verfasst zum Protest gegen das Terrorurteil gegen den Genossen Heinz Baron. Darin heisst es: Das Terrorurteil "zeigt aber nur, wie sehr die Herrschenden vor dem Kampf der Arbeiterjugend zittern. Das zeigt zu-

gleich: Nur wenn wir der konterrevolutionären Gewalt der Bourgeoisie unsere revolutionäre Gewalt entgegensetzen, wie es in München und jetzt wieder in Bonn und Frankfurt der Fall war, können wir dem Grossmachtstreben des westdeutschen Monopolkapitals Einhalt gebieten...

Die Angeklagten des Münchner Kommunistenprozesses vom April 1972 grüssen den Genossen Ernst Aust, den Vorsitzenden unserer Partei. Sie danken ihm für seine solidarische Hilfe damals: "Du hast uns gezeigt, dass man allein mit dem Vertrauen in die Massen erfolgreich gegen die bürgerliche Klassenjustiz kämpfen kann. Du hast uns gezeigt, dass ein Prozess gegen Kommunisten so ausschauen muss, dass nicht die Kommunisten, sondern die Bourgeoisie auf der Anklagebank sitzt, dass ein Kommunistenprozess ein Bumerang für den Klassenfeind werden muss... Wir werden mithelfen, dass auch Dein Prozess ein Bumerang für den Klassenfeind wird."

Eine weitere Solidaritätsadresse sandten Teilnehmer einer Veranstaltung der Liga gegen den Imperialismus, Ortsgruppe Essen. "Wir sprechen allen politischen Gefangenen und allen Genossen und Kollegen, die vor Gerichten der bürgerlichen Klassenjustiz stehen, unsere vollste Solidarität aus, insbesondere den eingekerkerten Genossen Horlemann, Semmler und Kranzsuch und dem Genossen Ernst Aust, dessen Prozess in dieser Woche begonnen hat... Wir werden trotz aller Behinderung den antimperialistischen Kampf um so entschiedener fortsetzen und ihn mit dem Kampf gegen den staatlichen Terror der SPD/FDP-Regierung verbinden."

Genossen!

Die Bourgeoisie und ihre Klassenjustiz werden sich die Zähne ausbeissen im Kampf gegen die Arbeiterklasse Deutschlands und ihrer Partei, der KPD/ML. Es ist kein Zufall, dass gerade jetzt die Bourgeoisie versucht, die KPD/ML und ihren Vorsitzenden, den Genossen Ernst Aust zu schlagen. Nein, das ist das Resultat der Angst, die die Bourgeoisie hat vor der konsequenten politischen und organisatorischen Arbeit der KPD/ML im Proletariat. Unter der Führung von Ernst Aust ist die KPD/ML zu einer starken, im Proletariat verwurzelten Partei mit einer proletarischen, marxistisch-leninistischen Linie geworden, zu einer Stütze der marxistisch-leninistischen Weltbewegung. Es ist auch kein Zufall, dass gerade eine Sozial-Demokratische Regierung den Versuch unternimmt, die KPD/ML zu illegalisieren, zu kriminalisieren und ihren führenden Genossen durch einen Prozess der Klassenjustiz zu isolieren: Es war immer die Aufgabe der Sozial-Demokraten als Spezialisten der Unterdrückung, die kapitalistische Ordnung vor den Wogen des revolutionären Proletariats und Volkes zu schützen. Es ist auch kein Zufall, dass die Attacke der Bourgeoisie mit dem Besuch des Krenlaren Breschnew zusammenfällt: Versuchen doch die westdeutschen und sowjetrussischen Imperialisten ihre von den Völkern der Welt bedrohte Stellung durch ein Bündnis zusammenzukleimen. Ihr gemeinsamer Feind sind die wirklichen Kommunisten.

Es wird ihnen nichts helfen – der revolutionäre Klassenkampf lässt sich nicht ersticken!

**Hande weg von der KPD/ML!
Hande weg von Ernst Aust!**

Kommunistische Partei der Schweiz/Marxisten-Leninisten

Detmold:

Notstandsübung auf dem Sportplatz

Detmold/Lengo (RM). In Detmold wurde vom 2.5. - 5.5. die Ausstellung "Unser Heer", eine Propagandaschau der westdeutschen Militaristen, gezeigt. Das technische Interesse der Bevölkerung und die Freude an Volksfesten sollte benutzt werden, der Bevölkerung militaristische Denkweisen einzuflößen. Dieser Herausforderung begegneten die Genossen der ROTEN GARDE, zusammen mit Sympathisanten der 'KPD'/AO und Genossen des KSK (revolutionäre Schüler). Unter der Losung 'Kampf dem BRD-Imperialismus' - 'Kampf dem BRD-Militarismus' demonstrierten 100 - 150 Menschen durch die Innenstadt Detmolds, wo gerade Wochenmarkt war. Es kam zu vielen Diskussionen.

Am 2.6. zeigte sich dann der Militarismus ohne Maske. Es geschah folgendes: 550 Rekruten sollten öffentlich auf dem Sportplatz ihr Gelöbnis ablegen, für diesen imperialistischen Staat ihre Knochen herzuhalten. Die Genossen verteilten dazu Flugblätter. Kaum war das erste Flugblatt verteilt, zogen die Militaristen ihre Mannschaften zusammen und riegelten den ganzen Platz hemetisch ab. Auch die Polizei war sofort benachrichtigt worden. Diese 'sicherte' nochmals das Gebiet um den Sportplatz herum. Bald waren doppelt soviel Soldaten auf dem Platz, als überhaupt Zuschauer gekommen waren. Überall wurden Kampfeinheiten zusammengestellt, die mit Gummiknüppel, Helm und Schusswaffe ausgerüstet waren. Sie hatten die Aufgabe, gegen jede oppositionelle Meinung, die sich zeigte, mit Gewalt vorzugehen.

Und so wurde auch der 'Notstand' geübt: Ein Zuschauer, der klatschte, als die Militärkapelle auf den Platz marschierte, wurde von fünf Feldjägern sofort in eine Ecke gedrängt und vom Platz gezerrt. Eine Gruppe von Männern, etwa 30-40 Jahre alt, witzelte: 'Stillgestanden! Rührt Euch!' Sie bekamen zu spüren, wozu die 'Vaterlandsverteidiger' in Wirklichkeit dienen - zur Volksunterdrückung! Auch diese Männer wurden mit Knüppel vom Platz gejagt. So ging es jedem, der sich in irgendeiner Weise oppositionell äußerte.

'ROTE RAKETE' EIN WEITERER TREFFER!

Im RM Nr. 19 berichteten wir von der 'Roten Rakete' (RR), einer Soldatenzeitung der Roten Garde und ihrem durchschlagenden Erfolg im Bundeswehrstandort Klingholz bei Würzburg. Aber die RR wurde auch in der Veitshöchheimer Kaserne, die ebenfalls bei Würzburg liegt, ausgelegt. Schon am Tag danach gingen Gerüchte herum von Durchsuchungen usw. Doch die fanden noch nicht statt. Die Bw-Bosse wollten offensichtlich die Verteiler der Zeitung in Sicherheit wiegen, um sie dann packen zu können. Doch das gelang ihnen nicht. Ein Soldat berichtet uns aus seiner Kompanie:

Der Spiess hielt bei der Morgenparole eine Hetzrede gegen die 'Rote Rakete'. Er sagte, dass alles erlogen sei, was da drin stehe. Ausserdem sei die RR so 'primitiv', dass es sich 'gar nicht lohnt', sie zu lesen usw. Doch durch dieses Gequatsche weckte er erst recht das Interesse.

Ungefähr 14 Tage später, am 17. Mai, wurden überraschend die Spinde samt Privatfächern vom Kompaniechef durchsucht. Die Landser waren empört. Doch der Offizier hatte Pech, die Soldaten hatten die Zeitungen schon weggeräumt. Am Tag darauf hielt der Chef einen Vortrag über die RR. Er versuchte anhand einer kleinen Ungenauigkeit in der RR nachzuweisen, dass sie ein reines Lügenblatt sei. Dann entriestete er sich über einen Satz, der auch schon im RM Nr. 19 zitiert ist: 'Eher findet man bei einer Nutte die Unschuld, als bei der KAMERADEN: ORGANISIERT EUCH IN DER ROTEN GARDE!

Unter den Zuschauern wurde es zunächst einmal stiller; man sah vielen die Angst vor den Bullen an und in manchen werden böse Erinnerungen an SS und SA wachgerufen. Doch dann kam der entscheidende Schlag gegen die Militaristenschau, von dort, wo sie erst niemand erwartet hatte:

Als die Rekruten ihr Gelöbnis ablegen sollten, trat plötzlich ein Soldat aus der Reihe heraus und schrie quer über den Platz:

"Ich gelobe nicht!"

Nun ging der Tanz erst richtig los. Die Militaristen waren gezwungen, ihr Friedens-Mäntelchen endgültig fallen zu lassen. Sofort stürzten sich einige Feldjäger auf den Soldaten, der das Gelöbnis verweigert hatte, und führten ihn unter wüsten Beschimpfungen und Bedrohungen ab.

Ein Genosse, der klatschte und 'Bravo' rief, wurde zusammengewürpelt, zwei andere über den Platz gehetzt, wo sie ebenfalls zusammengeschlagen wurden. Ein Soldat, der sich spontan mit seinem Kameraden solidarisierte, wurde sofort festgenommen als er rief: 'Hut ab, vor solch einem Mut!'

Als die Militaristen sahen, dass ihnen die Veranstaltung aus den Händen geriet, liessen sie noch schnell den Zapfenstreich blasen und erklärten die Show für beendet.

Bundeswehr die Gerechtigkeit." Doch als er diesen Satz vorlas, stimmten die Soldaten dem deutlich bei, zum Entsetzen des Offiziers. Keiner teilte die Meinung des Kompaniechefs.

Zum Abschluss seiner Hetzrede drohte er jedem mit strengen Strafen, der mit der Zeitung zu tun hat und forderte die Soldaten auf, Kameraden die verdächtig seien die RR verteilt zu haben, zu verpfeifen. Doch diese Aufforderung war erfolglos. Die Soldaten hatten erkannt, dass die Soldatenzeitung der Roten Garde, obwohl viele sie gar nicht bekommen haben, ihre Interessen vertritt und nicht die der Offiziersklüngel.

Insgesamt war die Soldatenzeitung 'Rote Rakete' ein Erfolg, der alle Soldatengenossen bestärken sollte, den antimilitaristischen Kampf innerhalb der Bundeswehr energisch voranzutreiben.

Statt Betrug - Diktat und Gewalt!

Mitbestimmungstheater an Universitäten abgeblasen

Nach einem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgericht ist die drittelparitätische Besetzung (Hochschullehrer, Studenten, nicht-wissenschaftliche Angestellte) der Aufsichts- und Beschlussgremien der Universitäten verfassungswidrig. Bei Entscheidungen über Probleme der Lehre sollen die Hochschullehrer künftig mindestens die Hälfte, bei Entscheidungen über Forschungs- und Berufsfragen die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten.

Dieses "höchstrichterliche Urteil" ist vor allen Dingen ein Schlag gegen die Predigten der Revisionisten des M'S'B-Spartakus (Hochschulorganisation der D'K'P) von der Demokratisierung der Universitäten. Jahrelang hockten sie in den verschiedensten Gremien, verhandelten "zäh" mit Professoren und Kultusbürokraten, machten Vorschläge "fortschrittlicher UNI-Satzungen", mit einem Wort, sie arbeiteten konstruktiv mit an der Ablenkung der Studenten vom konsequenten Kampf. Und nun werden all ihre Bemühungen mit einem Schlag zunichte: Die Drittelparität, Wunschbild aller Revisionisten und Reformisten ist höchstrichterlich als verfassungswidrig erklärt!

Der KSB/ML und alle anderen Marxisten-Leninisten an den Hochschulen und Universitäten haben von Anfang an die Forderung nach "mehr Mitbestimmung" als Betrug entlarvt! Mitbestimmen in Gremien, die der Staatsaufsicht unterstellt sind, die an die reaktionären Ordnungsrechte gebunden sind? Mitbestimmen bei der Relegation (Ausschluss vom Studium) fortschrittlicher Studenten (Bonn), bei Wandzeitungsverbot (Köln), bei Polizeieinsätzen (Berlin). Das ist allerdings die Praxis von Verrätern, die Praxis des M'S'B-Spartakus. Er hat sich dabei bestens bewährt. Wie das letzte Beispiel beweist, scheut er nicht davor zurück, Polizeieinsätzen gegen kommunistische und fortschrittliche Studenten zuzustimmen, wie in Berlin an der Pädagogischen Hochschule geschehen.

Die Bourgeoisie hat es ihnen nicht gelohnt, sie hat ihnen nicht mehr Mitbestimmungspöstchen bewilligt. Warum? Ist die drittelparitätische Mitbestimmung an der Universität vielleicht doch ein gefährliches Kampfmittel? Keineswegs, sie ist ebensowenig gefährlich wie die Mitbestimmung in der Montanunion oder im Bergbau. Die Gründe für dieses Urteil liegen woanders:

1) Der "demokratische" Schein der Mitbestimmungsforderung ist stumpf geworden. Die Masse der fortschrittlichen Studenten hat diesen Betrug durchschaut, also ist er unnütz geworden.

2) Der aggressiv expandierende BRD-Imperialismus muss immer härter gegen die aufbegehrenden Schichten des Volkes durchgreifen, um seinen Weg an die Sonne abzusichern. Für die Universitäten bedeutet dies: Ständige Verschärfung der politischen Unterdrückung, Studiengängelung, Abschaffung aller Vorrechte, Verschlechterung der materiellen Situation der Studenten, schärfere Auslese etc. In diesem Prozess werden auch die professoralen Schwatzbuden (akademischer Senat etc.) eng an die Kordone des Staates genommen, den Rektoren werden Kanzler, die vom Staat bestimmt sind, vor die Nase gesetzt. Wozu da noch ein paar Schwätzer mehr in die Gremien holen, auch wenn sie die "besten Absichten" haben. Demokratie spielen kostet Zeit. Der BRD-Imperialismus hat keine Zeit zu verlie-

ren bei der Unterdrückung und Reglementierung der Studenten. Er verzichtet auf den letzten Zipfel seiner demokratischen Maske an den Universitäten, er regiert mit Diktat und Gewalt.



Die arbeitende und lernende Jugend führt den Kampf um ihre gemeinsamen Interessen unter Führung der Arbeiterklasse in deren Jugendorganisation - der ROTEN GARDE.

Dieses Urteil ist ein Ausdruck der Schwäche der Bourgeoisie, ein Eingeständnis ihrer Unfähigkeit, der Studentenbewegung durch Betrug Herr zu werden. Es ist ein Glied in der Kette reaktionärer Erlasse, mit der die Bourgeoisie jetzt verstärkt versucht, die Studentenbewegung zu fesseln.

Was sagen nun die Führer vom M'S'B-Spartakus dazu? Sie wiegen bedeutend das Haupt, immerhin hätten 2 Verfassungsrichter dem Urteil nicht zugestimmt, man müsse sich überlegen, ob man die Arbeit in bestimmten Gremien einstellt, auf jeden Fall kann man jetzt nur noch auf die Kraft der Gewerkschaften hoffen, um dieses Urteil eines Tages zu revidieren. (VDS-Sprecher auf einem Teach-in in Düsseldorf).

Gremien ade - Scheiden tut weh! Ganz sicher wird die Bourgeoisie auf solche bis zum Erbrechen "konstruktive" Mitarbeiter nicht verzichten. Schließlich sind sie ja nicht nur Propagandisten von Luftschlössern und Windmüllern, sie arbeiten feste mit an der Zerschlagung und Unterhöhlung der Rechte der Studenten:

An der Gesamthochschule Essen legte der M'S'B-ASTA ein Programm für die verfasste Studentenschaft (gewählte und beschlussfassende Vertretung und Organe der Studentenschaft) vor, in der das allgemein politische Mandat (Recht der Studentenvertretung auf Wahrnehmung der politischen Interessen der Studenten, z.B. Recht auf Entlarvung des BRD-Imperialismus, auf Veranstaltung von Demonstrationen) ersetzt wird

durch "politische Weiterbildung auf dem Boden der freiheitlich rechtlichen Grundordnung und Weitergabe von wissenschaftlich gefundenen Erkenntnissen, die der gesellschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Landschaft dieses Staates von Nutzen sein können." (Programm S.14). In Duisburg forderte der M'S'B andere Hochschulgruppen auf, den Kampf um das politische Mandat aufzugeben, da es nun

einmal in der vorläufigen Grundordnung nicht vorgesehen ist. Wer es dennoch fordert, "schade der Studentenschaft" (Flugblatt des M'S'B). In Münster hat er gemeinsam mit FDP und RCDS (Hochschulgruppe der CDU) eine Satzung ausgearbeitet, die keine Vollversammlung auf PH-Ebene vorsieht. (Die Vollversammlung ist das höchste beschlussfassende Organ der Studentenschaft).

Wir sehen, wie in der Arbeiterklasse, so auch unter den Studenten, sind die Revisionisten treue Handlanger des Kapitals bei der politischen Unterdrückung und Entrechtung. Je reaktionärer die Bourgeoisie vorgeht, um so offener der Verrat der Revisionisten.

Damit aber ziehen sie sich nur den Hass der fortschrittlichen Studenten zu. Darauf drehen ihnen die Marxisten-Leninisten einen Strick. An vielen Universitäten sind sie im Vormarsch, erobern sie eine Fachschaft nach der anderen, vertreiben sie die Revisionisten aus den ASTEN, oder haben sie bereits vertrieben. In diesem Kampf müssen die Genossen des KSB/ML an der Spitze stehen, jedes Zugeständnis gegenüber den Revisionisten verteilen, Sektierertum und Spaltentum bekämpfen, sich breit mit allen fortschrittlichen Kräften zusammenschließen!

Weg mit den revisionistischen Pöstchenschleichern!
Nieder mit den Mitbestimmungsimaginationen!
Vorwärts im Bündnis mit der Arbeiterklasse im Kampf gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung!

Kontaktadresse: